

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 4.

Sonnabend, den 23. Januar 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. — Chemnitzer Brief. — Zur preussischen Wahlrechtsbewegung. — Mehr Bauarbeiterbeschäftigung. — Der Steinarbeiter und der Winter. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Umschichtung in der Grabmalerei. — Betriebs- oder Ortskrankenkassen. — Privatrechtliche Wirkung der Tarifverträge. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der Streik und seine Folgen. — Alkoholbekämpfung im Steinarbeiterverband. — Konflikt im Metallarbeiterverband. — Bitterartiges.

Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

Gesperert sind: Kappelrodt: Firma Saiter in Bühl. — Hannover: Die Firmen Wimmel, Leichenring und Wolf, Rathausneubau. — Mühlhausen (Elf.): Granitwerk Stör. — Halberstadt: Wertplatz Köhler u. Schrader.

Nadolszell, Sigen, Ueberlingen. Die Firma Schmal kündigte sämtlichen organisierten Steinbauern, weil sie nicht bedingungslos mit einer willkürlichen Aenderung der Arbeitsordnung einverstanden waren. Zugang ist fernzuhalten.

Offenburg, Verdingen, Deonbrunn und Kürnbach. Zugang nach hier ist fernzuhalten. Der Unternehmer Kreutle und einige seiner Freunde sehen es darauf ab, die Organisation zu zertrümmern. Es wurden Massenklindigungen vorgenommen.

Bredeneck. Der Streik bei H. Rosling dauert unverändert weiter.

Angsburg. Der Steinmetzmeister Huber maßregelte unsern langjährigen Vertrauensmann Fischer. Die Kollegen erklärten sich mit dem Gemäßregelten solidarisch; sie beschlossen, in den Streik zu treten, und so kann Herr Huber seine Arbeiten allein machen.

Chemnitz. Die Herren Meister lehnten hochmütig jede Verhandlung ab. Unter keinen Umständen wollen sie Zulagen gewähren.

Gera. Bei der Firma Korb u. Löpeltmann, Granit- und Marmorwerk, wurde der bis dato bestandene Tarif mit einigen minimalen Verbesserungen auf ein weiteres Jahr abgeschlossen.

Niederlamm. Der Streik wurde beigelegt. Die Arbeitsaufnahme ging größtenteils am 18. Januar vor sich.

Bayerischer Wald. Die Bayerische Granit-Altiengeellschaft in Regensburg, die kurz vor der Tarifbewegung 1908 aus dem Unternehmerverband austrat, stellte sich vor kurzem wieder unter dessen Fittiche. Eine von diesem Verband tagende Versammlung beschloß nun, dahin zu dringen, daß der Streik beendet wird, sonst sollten andere Maßnahmen ergriffen werden. Das Recht zu solcher Stellung wollen sie an dem Streikabschluß der Kollegen in Blaiberg erblicken. — Kollegen des Bayerischen Waldes, seid auf der Hut.

Reichenbach (Odenwald). Der Streik bei der Deutschen Steinindustrie geht weiter. Die Kollegen lehnten den verschlechterten Tarif ganz entschieden ab. Die Firma bietet alles auf, um durch die städtischen Arbeitsnachweise Streikbrecher zu erhalten. Die angeworbenen zwei Mann sagten aber dem Werke wieder Jalet, nachdem sie den wahren Stand der Situation erkannten. Sogar vom Arbeitsnachweis in Rassel will die Firma Leute beziehen.

Gebendorf. Im Geislerischen Steinbruch legten am 9. Januar wegen zehnprozentiger Lohnkürzung die Pflastersteinarbeiter die Arbeit nieder. Der Meister denkt wohl, die Kollegen erhalten die Lebensmittel geschenkt, weil er sich zu einer solchen Maßnahme veranlaßt sah. Seine Pläne werden wir aber jährlings durchkreuzen. Auch im Pfußlichen Betrieb kündigten unsere Kollegen, der Grund war Lohnreduzierung und Maßregelung. Die Unternehmer sind der Anschauung, hier mit den Leuten nach Belieben umspringen zu können, aber der Verband läßt seine Mitglieder nicht im Stich und so wurde der Kampf mit aller Schärfe aufgenommen.

Neusatz (Baden). Wegen Lohnreduzierung ist die Firma Müller gesperrt.

Bad Sulza. Der Betrieb Heidelmann ist gesperrt. Der Meister zahlt bei 11—12stündiger Arbeitszeit 34 Pfg. Stundenlohn.

Würzburg. Im Muschelkalkgebiet wurden größere Arbeiterentlassungen vorgenommen. Es kommen die Firmen Schilling, Michel und Buchner in Frage.

Böhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn, alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf (Firma Giebl) gesperrt.

Niederösterreich: Hühlsdorf, Streik bei der Firma Sommer u. Weniger. Klein-Motten und Prohnbichl b. Schrems (Firma Widh) gesperrt. Schreiberberg (Firma Graß) gesperrt.

Salzburg: Fürstenbrunn (Kieser-Bruch), Streik.

Tirol: Bozen (Firma Kompatscher) Streik. Innsbruck wegen Differenzen gesperrt.

Ungarn: Pils-Szanto gesperrt. Fiume-Susaf, Marmorwerkstätte Gwlepp Susain boykottiert.

Schweiz: Mägenwil, für Sandsteinmetzen gesperrt.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

I.

Das „Korrespondenzblatt“ brachte in seiner Nr. 1 über obiges Thema einen sehr interessanten Artikel, den wir unseren Kollegen in seinen wichtigsten Stellen nicht vor-enthalten möchten. Es schreibt:

Wie die ungünstige Wirtschaftslage auf die gesamten Arbeiterverhältnisse zurückwirkt, das kommt vor allem in den Mitgliederziffern der Gewerkschaften zum Ausdruck. Bis zum Jahre 1907 hatten unsere Gewerkschaften dem Ansturm der Krisis erfolgreich Stand gehalten. Nur einige baugewerbliche Organisationen, die am schwersten unter der Doppelwirkung der Arbeitslosigkeit und unglücklichen Kämpfe litten, hatten erhebliche Mitgliederverluste zu beklagen, während das Gesamtergebnis aller Gewerkschaften noch eine Zunahme von 73 853 Mitgliedern war. Die Entwicklung während des Jahres 1908 verlief bei weitem ungünstiger. Nach den uns zurzeit aus 40 Organisationen vorliegenden Mitgliederziffern des 3. Quartals 1908 macht sich bereits ein Rückgang von 3830 bemerkbar. Diese Organisationen zählten im 3. Quartal 1907 1 287 734, im 3. Quartal 1908 nur noch 1 283 904 Mitglieder. Eine Zunahme weisen 17, eine Abnahme 23 dieser Verbände auf. Bei den 21 Verbänden, deren Angaben uns zurzeit noch fehlen, steht das Ergebnis voraussichtlich kaum günstiger; einzelne dieser Verbände, besonders im Baugewerbe, dürften noch erheblichere Abnahmen verzeichnen. Alles in allem dürfte bis zum 3. Quartal 1908 mit einer Abnahme von 5—6000 Mitgliedern zu rechnen sein, die im 4. Quartal sich leicht um einige Tausend vermehren kann. Danach steht bereits heute als voraussichtliches Ergebnis der Gewerkschaftsentwicklung des verflochtenen Wirtschaftsjahres ein Rückgang der Mitgliederziffern der Gewerkschaften fest, der zwar bei den Kiefern ziffern der letzteren als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist, aber immerhin eine recht bedenkliche Erscheinung darstellt.

Woher dieser Rückgang der Gewerkschaften? Zweifellos ist er hauptsächlich dem wirtschaftlichen Niedergange geschuldet, was sich daraus ergibt, daß die Organisationen der von der Krisis meistbetroffenen Industrien und Gewerbe besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen sind. So waren die Organisationen der Lederindustrien ausnahmslos Rückgänge auf, auch diejenigen des Baugewerbes, soweit aus diesen bereits Ziffern vorliegen. Günstiger schnitten die Bergarbeiter und die Organisationen der Metallgewerbe ab, und von der Krisis verschont blieben sämtliche graphische Gewerbe, mit Ausnahme der Buchdruckhilfsarbeiter. Der wirtschaftliche Niedergang dezimiert die Arbeiterzahl der betroffenen Gewerbe, und diese Arbeiter scheiden mit dem erzwungenen Berufswechsel aus ihrer Organisation aus, um sich der Organisation ihres neuen Berufes anzuschließen. So erklärt es sich auch, daß die Fabrikarbeiter noch einen ansehnlichen Zuwachs und die Transportarbeiter nur einen sehr minimalen Rückgang aufweisen. Aber die Arbeitslosigkeit ist allgemein bedeutend gestiegen — die übrigen Berufe vermögen bei weitem nicht alle Arbeitslosen aufzunehmen und von den Hunderttausenden, die auf der Straße bleiben, gehen leicht einige Tausend der Organisation verloren.

Unter diesem Uebermaß von Arbeitslosigkeit versagt sehr häufig auch die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften, die ja zeitlich und materiell nur eine sehr begrenzte sein kann. Wenn auch aller Voraussicht nach die baugewerblichen Organisationen, die keine Arbeitslosenunterstützung gewähren, am schwersten von Mitgliederverlusten betroffen sind, so hat diese Unterstützungs-einrichtung doch auch andere Gewerkschaften nicht vor Verlusten bewahren können. Besonders der Handschuhmacher-Verband, eine alte, gut gefestigte Unterstützungsorganisation, hat so bedeutende Verluste erlitten, daß sein Aufgehen im Lederarbeiterverband nur eine Frage weniger Monate sein kann. Aber auch die Verbände der Glaser, Solzarbeiter, Glasarbeiter, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter, alles Organisationen mit wohlgebautem Unterstützungswesen, haben schwer gelitten. Von den 40 Verbänden, deren Zahlen und Schätzungen uns vorliegen, haben 34 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt; von diesen haben 13 eine Zunahme und 21 eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Von den 6 Verbänden ohne Arbeitslosenunterstützung weisen 3 eine Zunahme und 3 eine Abnahme auf. Dieser Vergleich kann als ausschlaggebender nicht erachtet werden, weil von 21 Verbänden, von denen 13 keine Arbeitslosenunterstützung im Berichtsjahre gewährten, die Angaben fehlen, — aber sie geben uns einen Anhalt für die Annahme, daß von einem gewissen Höhepunkt des Arbeitslosendruckes an die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung sich als unzureichend erweist und ihre Wirkung als Bindemittel versagt.

Daraus zu schließen, daß die Arbeitslosenunterstützung überhaupt nutzlos wäre, ist natürlich absurd, denn sicherlich würden die Mitgliederverluste bei weitem größer sein, wenn die Gewerkschaften diese Einrichtungen nicht besäßen. Nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes haben die an

der Arbeitslosenstatistik beteiligten Gewerkschaften aller Richtungen in den ersten drei Quartalen des Jahres 1908 insgesamt 5,6 Mill. Mark für Reise- und Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Das vierte Quartal, in dem die Arbeitslosigkeit des Jahres ihren Höhepunkt erreicht, fehlt in dieser Zusammenstellung. Jedenfalls sind weit über 8 Millionen im Jahre 1908 für diese Unterstützung seitens der Gewerkschaften aufgebracht, und zwar für einen Mitgliederkreis von etwa 1¼ Millionen. Dazu dürften noch etwa zwei Millionen Mark für Reise- und Arbeitslosenunterstützung der nicht an der reichsamtlichen Statistik beteiligten Organisationen kommen, so daß die Arbeitslosigkeit der Arbeiterklasse eine direkte Last von zehn Millionen Mark aufbürdet. Diese ungeheuren Opfer sind sicherlich nicht umsonst gebracht; sie haben die Bindekraft der Organisationen und die Widerstandsfähigkeit der Mitglieder gegen Lohndruck und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zweifellos bedeutend erhöht.

Aber selbst diese Summe deckt nur den kleinsten Teil des der Arbeiterklasse durch die Krisis zugefügten Schadens. Namenloses Elend entzieht sich jeder Schätzung und Tausende werden durch die Not aus den Gewerkschaften herausgedrängt und verlieren dadurch ihren besten Halt, ihre Stütze im harten Daseinskampfe. Auch das Unternehmertum übt fortgesetzt einen starken Druck aus, die Reihen der Gewerkschaften zu lichten. Als Äquivalent bietet es den Ausscheidenden allerlei Wohlfahrts-einrichtungen, Sparkassen und sogar gelbe Organisationen, die aber jant und jonders dem Arbeiter kein Recht auf Arbeit sichern und dem Arbeitslosen nicht nur nichts nützen, sondern ihn sogar seiner durch eigene Beiträge erkauften Rechte berauben. Für den Arbeitslosen opfert das Unternehmertum keinen roten Pfennig — nur wenn es Arbeitskräfte braucht, zieht es sie mit wenig oder mehr hohen Kosten heran und gibt einiges aus, um sie so lange an den Betrieb zu fesseln, als man sie nicht entbehren kann. Die Entbehrlichen aber stoßt es von Stunde an aufs Pflaster.

Je mehr wir uns dem Höhepunkt der Krisis nähern, desto dringender erweist sich die Notwendigkeit einer öffentlichen Arbeitslosenfürsorge. Wieder haben Reich und Staat die Jahre des Wirtschaftsausschwunges ungenutzt vorübergehen lassen, ohne aus den Erfahrungen der vorigen Krisis die Lehre zu ziehen, daß praktische Hilfe auf diesem Gebiete not tut. In den Monaten der schlimmsten Arbeitslosigkeit 1901/02 erhob sich die Arbeiterklasse zu Arbeitslosendemonstrationen; Erhebungen wurden von Ort zu Ort veranstaltet und in manchen Städten kam es sogar zu öffentlichen Ansammlungen und Polizeischlächten. Damals wies der Stuttgarter Gewerkschaftskongress auf die praktische Borarbeit der Gewerkschaften hin und forderte das Reich auf, diese Hilfsarbeit der Gewerkschaften durch eine Organisation der Arbeitslosenversicherung nach dem Center System zu unterstützen. Was hat das Reich seitdem auf diesem Gebiete geleistet? Es hat durch das Arbeitsstatistische Amt Materialien über die Wirksamkeit der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften und über die Höhe der Arbeitslosigkeit sammeln lassen, und hat eine dreibändige Denkschrift über dieses Problem veröffentlicht. Das ist alles. Unterdes haben die Gewerkschaften praktisch weitergearbeitet. 1901 zählten 22 unserer Gewerkschaften mit 230 269 Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 1 238 197 Mk.; 1907 dagegen 43 unserer Verbände mit 1 389 906 Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 6 527 577 Mk. Die Zahl der Verbände mit Arbeitslosenunterstützung hat sich seitdem verdoppelt, der Mitgliederkreis, den sie erfassen und stützen, stieg auf das Sechsfache und die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung auf das Fünfein-drittelfache. Dabei ist zu beachten, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1907 noch lange nicht jenen Grad von 1901 erreicht hatte, was die einleitend wiedergegebenen Ziffern der Arbeitslosen pro 100 offene Stellen deutlich erkennen lassen. Im Jahre 1908 hat noch der Textilarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so daß die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitglieder sich um 126 440 erhöht. Ueber 1½ Millionen Arbeiter haben unsere Gewerkschaften bereits gegen Arbeitslosigkeit versichert, ungernechnet diejenigen Gewerkschaften, die nur Reise- oder Krankenunterstützung zahlen und denen dadurch ebenfalls in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit bedeutend höhere Ausgaben erwachsen.

Chemnitzer Brief.

Die Chemnitzer Steinmetzmeister können der Zukunft sehr ruhig entgegensehen. Die letzten drei Jahre waren sie mit Aufträgen geradezu überhäuft. In ihre Taschen ergoß sich ein Goldregen, so daß sie unbekümmert sein dürfen, wenn jetzt der Geschäftsgang auch lauer wird. An größeren Aufträgen, die den hiesigen Meistern zur Ausführung übertragen wurden, seien genannt: die Kapferbrücke, die Bahnhofsumbauten, der Theaterneubau, zwei Kirchen, das Leihhaus, die Feuerwache, mehrere Schul- und noch andre Bauten. — Die Herren Steinmetzmeister konnten also einen schönen Rebbach einstreichen und auf die hohe Kante legen. — Für die Steinmetzen gab es zwar während

dieser Zeit Arbeit, der Verdienst konnte aber nicht im geringsten befriedigen. Ueberdies kommen die Kollegen aus den Tarifstreitigkeiten nicht heraus. Diese Tatsache zeigt, daß die Unternehmer auch bei der besten Geschäftsperiode mit allem Raffinement verfahren, den Tarif zu umgehen.

In Chemnitz grassiert die Berufskrankheit wie nirgends anderswo. Wer auf unsern Werkplätzen Umschau hält, dem fallen die hageren, bleichsüchtigen Gestalten unter den Steinmetzen sofort auf. Man muß sie sehen, diese Kollegen, wie sie abgemagert sind, wie ein großer Teil mit der Atemnot zu kämpfen hat, alles Vorboten dafür, daß hier die Berufskrankheit geradezu eine kolossale Verbreitung gefunden hat. Die Meister natürlich bekümmern sich um den Leidenszustand der Steinmetzen nicht im geringsten; im höchsten Falle kann man noch einige spöttische Redensarten von diesen Herren vernehmen. — Erst kürzlich haben wir wieder einen Kollegen beerdigt. Er starb im blühendsten Mannesalter. In den letzten Monaten glied er einem Skelett, so hatte ihn die Berufskrankheit mitgenommen. Und als wir seine irdische Hülle der Erde übergeben hatten, da standen die Kollegen sinnend am Grabeshügel, wohl mit dem Gedanken umgehend, ein paar Jahre wird es noch währen, falls es so hoch geht, und dann wandern wir denselben Weg. — Angesichts solch tieftrauriger Zustände ist es wohl sehr notwendig, daß in Chemnitz, wo die gesundheitsgefährlichsten Steinforten verarbeitet werden, eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit eintritt. Entschieden muß es weiter zurückgewiesen werden, wenn die hiesigen Meister von einer Lohnerhöhung nichts wissen wollen. Es sei bemerkt, daß unser Tarif als einer der schlechtesten in ganz Sachsen gilt, nicht nur seinem technischen Inhalt nach, nein, hauptsächlich auch der Lohnhöhe halber. Geradezu tiefbesühmend ist es, daß wir bezüglich des Stundenlohnes weit hinter Dresden und Leipzig zurückstehen. Aber die Meister denken, die Arbeit ist zumeist fertig, nun können wir den Gesellen schon einen Ertragsanz aufspielen. Dies Spiel werden wir den Unternehmern aber schönstens verderben. Jeder Kollege meide deshalb so viel wie möglich Chemnitz. Die Arbeitslosigkeit und die Lohnbewegung werden sowieso die Kollegen abhalten, das Dorado Chemnitz aufzusuchen. Jeder durchreisende Kollege melde sich deshalb im eignen Interesse beim Kassierer L. Scheibe, Alt-Chemnitz, Dorfstraße, Platz Böttch. Dort erhält er Reiseunterstützung und Zuschuß. Die Platzgeschenke sind in Wegfall gekommen. D.

Zur preussischen Wahlrechtsbewegung.

In Preußen wird die Wahlrechtsbewegung in der nächsten Zeit wieder lebhaftere Gestalt annehmen. Im preussischen Abgeordnetenhaus sollen die Wahlrechtsanträge der Freisinnigen Ende nächster Woche zur Beratung kommen, wenn die reaktionären Parteien, die dank dem schwachpollen Dreiklassenwahlrecht dort die Mehrheit haben, nicht in letzter Minute noch andere Dispositionen treffen und die Beratung dieser Wahlrechtsanträge wieder verschleppen.

Die Vertretung der klassenbewußten Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus ist nur 7 Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Junierte in Berlin und Hannover-Linden müssen die Junter und Bourgeois, die früher die preussischen Landtagskörpers für sich monopolisiert hatten, den Schrei der arbeitenden Volksmassen auch in der preussischen Kammer anheben. Von 443 preussischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preußens, die Sozialdemokratie, freilich nur sieben Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himmelschreiende Ungerechtigkeit dieser Karikatur eines Wahlrechts.

Nun hat die Chronik eine organische Fortentwicklung des bestehenden preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt. Die regierende Bureaucratie des preussischen Klassenstaats ist mit Erhebungen über die Wirkungen der verschiedenen Wahlssysteme beschäftigt, denen Erwägungen folgen sollen. Diese Erhebungen und Erwägungen werden unsanft unterbrochen werden durch die Beratung der Wahlrechtsanträge im preussischen Abgeordnetenhaus. Das preussische Volk, das in seiner Art 1909 den 60. Geburtstag der preussischen Dreiklassenwahlrecht feiern wird, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert gebieterisch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preussische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in diesen Blättern im Mai v. J. während der preussischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die letzter verfloffenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die grausige Grubenkatastrophe auf Zeche Rabbod zu erinnern!

Wenn die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen, daß die Reden der preussischen Abgeordneten draußen ein millionenfaches Echo finden.

Mehr Bauarbeiterschub.

Das war die Lösung einer zahlreich besuchten Konferenz württembergischer Bauarbeiter, die am 10. Januar im Sängersaal des Gewerkschaftshauses stattfand. Einberufen war die Konferenz von der Landeskommission für Bauarbeiterschub, in deren Namen Maurer Stolle die Erschienenen begrüßte. Von den eingeladenen Behörden waren erschienen: Als Vertreter des Ministeriums des Innern Baurat Burger, die Zentralstelle für Gewerbe und Handel durch Gewerbeinspektor Berner, das städtische Baukontrollamt durch die Bezirksbaumeister Förstner und Groß, sowie durch die Kontrollassistenten Ehrh und Kleinmüller. Von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion waren erschienen die Abg. Dietrich und Reichel. Nicht eingeladen war, wie Stolle in seiner Begrüßungsrede ausdrücklich hervorhob, mit voller Absicht die württembergische Bauarbeiterschubnossenschaft. Das geschah, weil die württembergischen Bauarbeiter keinen Funken von Vertrauen zu dieser Behörde mehr haben. Die Unfähigkeit dieser Behörde hat es dahin gebracht, daß sie von allen Berufsgenossenschaften in Deutschland die höchsten Unfallziffern aufzuweisen hat. Lange genug ist sie, führte Stolle aus, von den Vertretern der Arbeiter gemahnt worden, ihre Pflicht zu tun und dem freibolen Spiel mit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter ein Ende zu machen. Sie hat aber immer nur das getan, was in ihrem Interesse lag, und hat gezeigt, daß sie von uns nichts wissen will. Ihre totale Unfähigkeit hat sie bei ihrem „Musterbau“ auf der Bauausstellung durch Sachverständige bescheinigt erhalten. Eine solche Berufsgenossenschaft ist unfähig, den Bauarbeiterschub fördern zu können. Hierauf ergriff Heintze-Gamburg das Wort zu seinem Referat über den Bauarbeiterschub im allgemeinen. Er ging zunächst auf die Enttötung der Gesetzgebung auf diesem eminent

wichtigen Gebiete des Arbeiterschubes ein und bezog dann temperamentvoll die Forderung eines einheitlichen Bauarbeiterschubes in Deutschland. Durch das Vorgehen der Reichsbehörden und des Reichstags sahen sich die Bundesregierungen genötigt, für den vernachlässigten Bauarbeiterschub etwas zu tun. Nicht freiwillig haben sie es getan, sie mußten erst durch die organisierten Arbeiter dazu gezwungen werden. Das beweise auch Württemberg. Leider stützen sich die Bundesregierungen zu stark auf die Berufsgenossenschaften. Erst wenn deren Ueberwachung nicht mehr hinreicht, wird eingegriffen. Erfreulich ist der Erlaß der württembergischen Regierung über die Bauhütten. In ihnen wird den Bauarbeitern zum ersten Male auch nach dieser Richtung etwas geboten. Zu beanstanden sei, daß es den Ortsbehörden überlassen bleibe, die Bestimmungen durchzuführen. Nachdem der Redner die geringe Anstellung von Baukontrollleuten aus dem Arbeiterstande kritisiert hatte, ging er auf die Frage ein, welche Erfolge die Maßnahmen der württembergischen Bauarbeiterschubnossenschaft unter der Führung von Paul Hauzer gehabt haben. In den Jahren 1898 bis 1907 waren in Württemberg 15 090 Unfälle zu verzeichnen, darunter 5228 Schwerverletzte mit einer Krankheitsdauer von mehr als 13 Wochen und 428 Fälle mit tödlichem Ausgang. Mit diesen erschreckenden Zahlen marschiert Württemberg an der Spitze aller deutschen Bundesstaaten. Der württembergische Landestheil ist der schlimmste Herd der Mißstände im Baugewerbe. Auf 1000 Vollarbeiter (berechnet zu 300 Arbeitstagen) entfielen bei der württembergischen Berufsgenossenschaft im Jahre 1898 16,37 Schwerverletzte, im Jahre 1900 16,37, 1902 17,97 (ein nirgends bisher erreichter Stand), 1903 17,43, 1904 16,75, 1905 14,10, 1906 17,02, 1907 11,69. In einigen andern deutschen Bundesstaaten beträgt der Promillesatz nur 8,3, 8,5, 8,78. Württemberg weist über 100 Prozent Schwerverletzte mehr auf, als einige andre Bundesstaaten. Auch die Zahl der tödlich Verletzten ist in Württemberg am höchsten. Sie betrug hier in den letzten Jahren pro 1000 Vollarbeiter 1,52, 1,53 und 1,66, während der Durchschnitt 1,01, 0,99, 0,98 beträgt. Wir haben es hier mit einer ganz außergewöhnlichen Erscheinung zu tun, und es ist unverständlich, wie die Regierung des Landes den Dingen so lange zusehen kann. (Zusammensetzung.) Im Zusammenhange steht diese Erscheinung mit den Zuständen auf den Bauten. Die Ueberlastung auf den Bauten spielt eine große Rolle. Die Ursachen liegen in dem Mangel an Schutz überhaupt und es ist doch sonderbar, wie der Minister in der Landtagskommission seinerzeit mit den höheren Unfallziffern in der Landwirtschaft die hohen Unfallziffern im Baugewerbe entschuldigen konnte. Wenn er die Statistik studiert hätte, müßte er zu einem andern Ergebnis kommen.

Das zündende Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dann referierte Genosse Guß über die Kleinverträge. In der allgemeinen Debatte nimmt Gauleiter Kollege Braun-Karlruhe das Wort und schildert in recht eingehender Weise die gesundheitlichen Zustände in der Steinindustrie. Was die Durchführung der Bundesratsverordnung anbelangt, so marschiert Württemberg weit hinter den andern Bundesstaaten. Die Werkstätten müsse er in den meisten Betrieben als völlig ungenügend bezeichnen. Die Unfälle in den Steinbrüchen selbst seien sehr zahlreich.

Es wurde sodann einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß die seitherigen Maßnahmen zum Schutz der Bauarbeiter in Württemberg völlig ungenügend waren, daß mit Ausnahme von Stuttgart so gut wie gar nichts im Sinne der Ministerialverfügungen von 1901 und 1902 geschehen ist.“

Zusätzliche hat sich gezeigt, daß die württembergische Bauarbeiterschubnossenschaft weder den Willen, noch die Fähigkeit besitzt, dem trübolen Spiel mit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter energisch auf den Leib zu rücken.

Am 10. Januar 1909 in Stuttgart tagende Bauarbeiterschubkonferenz beschließt deshalb, die bestehende Landeskommission für Bauarbeiterschub in Württemberg zu beauftragen, sobald als möglich eine Petition an die kgl. Staatsregierung zu richten, in welcher Vorschläge zur Verbesserung des Bauarbeiterschubes in Württemberg gemacht werden und in welcher die Regierung ersucht wird, diese Vorschläge zu einer Ministerialverfügung zu erheben und für deren korrekte Durchführung im ganzen Land unter Hinzuziehung von Kontrolleuren aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft Sorge zu tragen.“

Die Steinarbeiter und der Winter.

Der Winter ist schon seit Wochen ins Land gezogen. Die Erde ist weiß gefleibet, und ein unsichtbarer Diener malt allerlei Blumen an die Fensterscheiben. Für die bessere Gesellschaft bringt auch der Winter seine Freuden, denn für sie hat dieser rauhe Geselle auch besondere Sports und Vergnügen. Anders aber beurteilen die Steinarbeiter den Winter. Ihnen ist er sozusagen ein Schreckgespenst. Betrachten wir in erster Linie die Sandsteinarbeiter; sie sind die ersten, die sehr hart vom Winter getroffen werden. Sie sind oft drei und vier Monate arbeitslos; denn sobald der Sandstein stark gefroren ist, hört bei ihnen jegliche Beschäftigung auf. Die Sandsteinarbeiter in den landlichen Bezirken und Bruchgebieten finden dann notgedrungen ihre Beschäftigung im Abräumen, Holzfällen und sonst dergleichen. Sie sind also durch diese Winterbeschäftigung doch nicht ganz vertriebslos. Anders sieht es bei den Kollegen in den Städten aus. Ihnen fällt es schwer, einige Groschen zu verdienen, denn die arbeitslosenbeschäftigung ist meist noch sehr mangelhaft eingerichtet. Man kann sich also leicht denken, warum die Sandsteinmetzen auf dem letzten Verbandstage so warm für die Erwerbslosenunterstützung eingetreten sind; aber, Kollegen, auf einen Hieb fällt kein Baum. Auch die Granitarbeiter haben ihr Nötiges darunter zu leiden. Ihnen stellt der Frost zwar feltener die Arbeit ein, bei ihnen spielen noch verschiedene andre Dinge mit. So kommt es z. B. vor, daß die Kollegen in den Werkstätten genügend Arbeit haben, aber es gebracht ihnen an Rohmaterial, denn die Fahrwege zu den Brüchen sind öfters eingeschneit und unfahrbar. Die Arbeitszeit muß dann verkürzt werden, und am Lohnstage verpüren sie die Folgen des Winters oft sehr. Wie sieht es nun mit den Granitarbeitern in den Brüchen aus? Hier muß gleich erwidert werden: sehr traurig. Die Kollegen haben stundenweit in die Brüche. Dieselben liegen auch größtenteils noch dazu in den Gebirgen. Man kann sich also leicht denken, was das für ein Marsch ist, bis man nur zur Arbeitsstelle gelangt. Ist man dort glücklich angelangt, so ist man völlig entkräftet, und schon viele Kollegen haben sich den Todeskeim geholt. Und für was? Für wahre Hungerlöhne. Zugleich kann man auch immer mit dem Sterbendb belledie sein, denn keiner weiß, ob er abends noch lebendig aus diesen Löchern herauskommt.

Gedenken wir nun noch der wandernden Kollegen. Für sie ist der Winter ein äußerst strenger Herr. Hungern und frieren schlottern sie auf der Landstraße daher, denn Reiseunterstützung kann nicht alle Tage bezogen werden, und mit den Platzgeschenken fällt es im Winter auch spärlich aus. Deshalb kommt es vor, daß öfters Kollegen der Polizei in die Hände fallen, wenn sie durch Betteln eines Stückchens Brots ihren Hunger stillen wollen.

Ich will nun die Frage aufwerfen: Können wir diesem Elend abhelfen? Ja wohl. Und zwar durch was? Durch eine feste und starke Organisation. Wir müssen alles versuchen, um die uns noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen. Denn je stärker ein Verband ist, desto mehr kann er leisten für seine Mitglieder. Es darf also in diesem Falle keine Hand ungerührt

bleiben; ein jeder muß kämpfen für seine Organisation; in die finsternen Winkel muß eingedrungen werden, damit sich die dort schmachtenden Kollegen unsern Reihen anschließen. Also, Kollegen, tue jeder seine Pflicht, stelle jeder seine Kraft zur Verfügung, dann wird es uns auch möglich sein, die Schmerzen des Winters, wenn auch nicht ganz, aber doch zum größten Teil abzufütteln. Gedenkt der Worte des Dichters, der uns zuruft:

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten;
Die Kämpfer es sich schlecht
Für Freiheit und Recht!

Hemsbach. Friedrich Weidenhammer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Krankmeldungen werden seit Neujahr nach der Verbandsnummer eingetragen; es ist daher genau und deutlich die neue Verbandsnummer bei jeder Krankmeldung (auf Formular 1) sowie auf jedem Verrechnungsbeleg (Formular 4) anzugeben. Auf Interimskarten und alte Buchnummern dürfen keine Krankmeldungen mehr erfolgen.

Bei denjenigen Mitgliedern, welche nach § 3, Absatz 7 des Statuts aufgenommen wurden, kommen die 8 Wochenbeiträge, die sie nachzahlen mußten, bei der Berechnung für die Krankenunterstützung nicht mit in Betracht.

Auf dem Verrechnungsbeleg (Formular 4) sind auch die Daten auszufüllen, für welche Tage die Unterstützung gezahlt ist. Der Empfänger hat dieses durch Unterschrift zu quittieren.

Korrespondenzen

Beudja. Am Sonntag, 10. Januar, fand in der Reichskrone zu Beudja eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Genosse Kleis-Wurzen hielt einen lehrreichen Vortrag über: Der Arbeiterschub im Deutschen Reich. Die an den beifällig aufgenommenen Vortrag sich anschließende Diskussion bewegte sich im Rahmen desselben. Unter 2. Punkt beschäftigte sich die Versammlung mit dem Herrn Vogel, Betriebsinspektor der Granitwerke Günther u. Fiedler, welcher zur Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen war. Kollege Schlegel schilderte einleitend die Handlungsweise des Vogel, welcher früher zwar auch Steinmetz war, jetzt aber vergessen zu haben scheint, wie es ist, wenn man als Arbeiter sein Geld mit dem Handfaßel verdienen muß. Sein Vorgehen bezüglich auf dieser Annahme. Im Güntherischen Betriebe ist u. a. auch ein Steinmetz mit Namen Günther beschäftigt, anscheinend ein spezieller Freund des Herrn Vogel. Am Montag vor Weihnachten hatte nun dieser Günther in gewohnter Weise des Guten zubielt getan, er kam in die Frühstücksbude und belästigte nun die dort anwesenden organisierten Kollegen derart, daß auch diese die Geduld verloren und einer derselben zu Günther sagte: Du bist wohl ein Schwarzer. Günther hatte nun erreicht, was er wollte, denn dieses Wort gab ihm Veranlassung, sich in seiner „Ehre“ gekränkt zu fühlen, er ging zu seinem Freunde, dem Herrn Vogel, und dieser tat nun das übrige. Am Tage vor Weihnachten entließ nun Vogel zwei Steinmetzen, das war sicherlich die Vergeltung auf das Vorhergegangene. Als die Leute am 4. Januar zur Arbeit kamen, ließ er ihnen sagen, geprenzt wird nicht, und wer da arbeiten will, der soll die austrangierten Bruchsteine zu Pfaffensteinen verarbeiten. Die Arbeiter wurden bei Herrn Fiedler vorstellig und ersuchten diesen, doch einige Pfennige mehr zu zahlen oder wenigstens sprängen zu lassen, damit nicht nochmal Steinmangel eintrete. Herr Fiedler sagte zu, jedoch als der ehemalige Steinmetz Herr Vogel kam, sagte dieser, das gibt es nicht, und wenn es vier Wochen dauert, es wird solange nicht für andres Material gesorgt, als bis die Waufeine aufgearbeitet sind. Die Versammlung nahm nach lebhafter Debatte folgende Resolution an: „Die heute im Gasthose zur Reichskrone versammelten Steinarbeiter nehmen Kenntnis von den Vorgängen im Güntherischen Betriebe. Sie erblicken in dem Inspektor Vogel den Urheber dieser Maßregelung und weisen das Vorgehen desselben mit Entrüstung zurück. Sie versprechen zugleich, sich fester zusammen zu schließen, damit in Zukunft derartigen Maßnahmen mit voller Kraft entgegengetreten werden kann.“

Blantenburg. Unsere Generalversammlung tagte am 10. Januar im Vereins Hause. Da der Vertrauensmann seit einem Jahre nicht mehr im Verufe tätig ist, so erstattete Kollege Lüders den Geschäftsbericht. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Gustav Mehtorn, Steinstraße 13, Kassierer Karl Hasper, Steinstraße 8. Dann kamen die Vorkommnisse bei der Firma Gebr. Schönfeld zur Sprache. Der abgeschlossene Tarif wird nicht innegehalten, denn die Maurer machen Steinmetzarbeiten, und da wird der Tarif umgangen. Für eine Sockbank setzte der Techniker 5 Mark Lohn an, die Maurer forderten 8,75 Mark; die Firma gab zunächst 6 Mark. An diesem einen Beispiel ist schon ersichtlich, wie stark der Tarif umgangen wird. Die Kollegen erwarten, daß neben Viehwig auch der Gauleiter des Maurerverbandes zu erscheinen hat.

Bühlberg. Am 10. Januar fand im Eibischen Gasthause bei Anwesenheit des Kollegen Mittenmeier unsere diesjährige Generalversammlung statt. Sie war leider nur mäßig besucht. Es gibt immer noch Kollegen, welche denken, auf mich kommt es nicht an, die andern werden es schon machen. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über seine Jahresstätigkeit. Der Kassierer erstattete den Jahresbericht, auch gab er die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Es war daraus zu sehen, daß unsere Zahlstelle dieses Jahr gut floriert hat. Da unsere bisherigen Funktionäre ihre Ämter niederlegten, mußte zur Neuwahl geschritten werden, welche folgendes Resultat ergab: Vorsitzender Franz Stabler, Kassierer Max Hofenöhl. Als Schriftführer fungiert Kollege Reibberger. Als Revisoren wurden die Kollegen Nachhördl und Joseph Kiehl gewählt. Verbeiter des Fachorgans bleibt Kollege Nachhördl. Zu Punkt Verschiedenes erhielt Kollege Mittenmeier das Wort. Er legte den Kollegen klar, wie im vergangenen Jahre die Organisation im bayrischen Wald vorwärtsgeschritten sei und daß gerade im unteren Wald vieles ohne Kampf erreicht wurde. Er machte die Versammlung noch auf die vielen Steinarbeiter der Umgebung aufmerksam, die noch für uns zu gewinnen wären. Er ermahnte die Kollegen zur regen Agitation in und außer der Zahlstelle. Groß ist das Agitationsfeld, klein aber die Zahl der agitationsfähigen Kollegen. Nachdem noch einige Kollegen ihre Meinung dazu gegeben hatten, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband die ruhig verlaufene Versammlung.

Faulbach. Am 2. Januar fand im Gasthof zum Faß eine gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende sprach über Organisation und Agitation. Er führte den Kollegen klar vor Augen, wie man die Kollegen zu richtigen Kampfgenossen in unsern Reihen heranzubildet. Des weiteren besprach er den Punkt Agitation. Wenn auch unsere Zahlstelle wieder bedeutend gewachsen, so stehen uns hier noch mindestens 50 indifferente Kollegen gegenüber. Unsere Zahlstelle war in den letzten Jahren eine der größten im untern Maintal; sie wurde aber im letzten Jahre durch die schlechte Konjunktur in der Sandsteinbranche einerseits und durch die Raueit und Interesselosigkeit der Kollegen andererseits zerplittert. Einige Kollegen haben sich sogar dem katholischen Arbeiterverein angeschlossen. Nachdem nun unsere Zahlstelle wieder stärker ist, trat sofort die Lokaltage an uns heran, wie es uns schon öfters passiert ist. Wir haben vor zwei Jahren einen Vertrag mit dem Gasthausbesitzer Jof. Krebs abgeschlossen, welcher uns natürlich prompt gekündigt wurde.

Doch haben wir jetzt ganz freundliche Aufnahme beim Gasthofbesitzer Herrn Gödel gefunden. Es wurden daher beim Punkt Verschiedenes alle Kollegen ermahnt, unseren Wirt zu unterstützen. Es muß sich jeder Kollege zur Pflicht machen, die Wirtschaften zu meiden, wo wir bei Versammlungen nicht gebüdet werden. Nur derjenige, der die Verhältnisse in Faulbach kennt, wird unser Verhalten gegen die uns feindlichen Wirte zu würdigen wissen. Damit schloß die gut verlaufene Versammlung, welche nur durch zwei durchreisende Kollegen in etwas gestört wurde, indem sie sich oft zum Wort meldeten, was ein unschönes Bild abgab, zumal beide schwer betrunken waren.

Floß (Oberpfalz). Wir wollen einmal versuchen, die hiesigen Verhältnisse etwas unter die Lupe zu nehmen. Vergangenes Jahr wurde bei der Firma C. B. Ketter, Deutsche Steinwerke Aktiengesellschaft, der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle gemäßregelt. Seit dieser Zeit haben sich hier verschiedene Kollegen aus dem Verbandsgebiet gedrückt. Man sollte meinen, die hiesigen Steinarbeiter hätten alle Ursache einig zu sein, wenn man die Lohn- und Arbeitsbedingungen derselben kennt. Aber weit gefehlt. Statt einig zu sein, versuchen es mehrere Steinarbeiter durch Schmaroken und Speichellecken bei den Unternehmern und deren Poliere sich Liebfind zu machen. Mehreren von diesen Auskollegen ist dieses schon gelungen. Wurden ja sogar einige davon schon zu „Vizepolieren“ ernannt und beziehen als solche wahrscheinlich ein schönes Gehalt, obwohl einer von diesen nicht einmal ein richtiges Werkstück verfertigt konnte. Jetzt hat sich aber das Mäntchen gewandt und er kann schon etliche unfr. Verbandsmitglieder ganz hübsch traktieren. Auch ältere Kollegen haben nach der Maßregelung des Vertrauensmannes dem Verbandsgebiet den Rücken gekehrt. Gescheh dies etwa aus Furcht vor den Unternehmern, oder aus Angst, es könnte ihnen auch ergehen wie dem Vertrauensmann? Wenn dem so wäre, so müßte ihr Gebahren als Feigheit bezeichnet werden. Wir wollen aber hoffen, daß diese Kollegen sich besinnen und wieder dorthin zurückkehren, wo sie als Männer gehören, nämlich in die Reihen der organisierten Steinarbeiter. Nun zur Firma Ketter. Diese hat sich in letzter Zeit so ausgezeichnet, wie es bei solchen Gewalthabern üblich ist. Obwohl so etwas nicht ganz fair genannt werden kann. Nur etliche Beispiele: Bei dieser Firma wurden früher die Löhne größtenteils zwischen dem Betriebsleiter S. Barth und den Arbeitern festgesetzt. Seit der Entlassung des Vorsitzenden jedoch werden die Lohnzettel schon vollständig ausgefüllt und mit dem Preise des Werkstücks versehen von E. L. Mann am Main nach Floß geschickt. Die Firma setzt nun die Löhne ganz allein fest, ohne auch nur einen Arbeiter zu fragen. Aber nicht genug damit. Am Samstag werden diese Lohnzettel wieder nach Elmman geschickt und dort wird bei den meisten Stücken erst nochmals abgezogen. Bei einem Stück 20 Pfg., bei dem andern 30 Pfg. und so fort. Die Kollegen haben natürlich ihren Lohn zusammengerechnet und kommen sie dann zum Ausschluß, dann erfahren sie, daß dieses oder jenes Stück zu teuer wurde und so viel abgezogen werden mußte. Einem Kollegen werden 50 Pfg., dem andern 80 Pfg., einem dritten 1 Mk. und noch mehr abgezogen. Reklamiert ein Kollege dagegen, so heißt es einfach: Ja, da können wir nichts dagegen tun, denn dies wird in Elmman gemacht. Zum Amtsrichter zu laufen getraut sich keiner, denn er würde dann ja entlassen werden. Man könnte vielleicht glauben, die Firma Ketter bezahlt so schon mehr wie die andern Firmen und deshalb zieht sie nochmals ab. Aber weit gefehlt. Vergangenes Jahr wurden bei Ketter Randsteine (Worbschwellen) gemacht 27 x 18 Zentimeter, dafür wurden pro laufenden Meter 2 Mk. Sauerlohn bezahlt. Jetzt werden die gleichen Steine gefertigt, nur mit dem Unterschiede, daß diese breiter und dicker sind, nämlich 30 x 20 Zentimeter, und extra-sauber gehauen werden müssen aus hartem blauen Material. Dafür bekommen die Steinbauer, weil es Winter ist und die Arbeit nicht drängt, 1.80 Mk. pro laufenden Meter. Und zum Ueberfluß müssen sie noch genau verbüßt werden. Bei andern Firmen werden die gleichen Steine gemacht, diese bezahlen aber sämtlich 1.80 Mk. pro laufenden Meter. Die Firma Haberstumpf, Gefrees, bezahlt in Liebenstein sogar 2 Mk. Man sieht also wie die Firma Ketter es versteht, die Zeit und Gelegenheit auszunützen, um sich den Säckel zu füllen. Mocht einer dagegen auf, dann weiß man ja wie es heißt. Wir möchten den Kollegen nun zurufen, sich dieses zu merken und bei gelegener Zeit die nötigen Schlüsse zu ziehen und es nicht wieder zu machen wie früher, daß, wenn S. Barth pfeift, alle Steinbauer zu ihm gesegnet kommen. Dieser Herr versteht es ja ganz besonders, große und schöne Reden zu halten, aber wenig oder gar nichts davon zu halten. Auch die lebigen fremden Kollegen möchten wir ersuchen, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen. Also komme jeder Kollege, ob organisiert oder nicht, zur nächsten Versammlung, denn ein Mitglied von hier wird das Referat übernehmen.

Hamburg I. Am 15. Januar tagte im Restaurant Vorwärts unsere diesjährige Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Kollege Ulrich als provisorischer Schriftführer gewählt. Alsdann ergreift der Vorsitzende Kollege Schwarz I. das Wort zum 2. Punkt und bringt den Anwesenden die von den Vorständen I und II ausgearbeiteten Paragraphen zur Kenntnis. Zu diesem Punkte wurde von seiten der Kollegen lebhaft und sachlich debattiert. Bei der hierauf folgenden geheimen Abstimmung war das Resultat folgendes: 63 Stimmen gegen, 8 für die Verschmelzung. Die Zusammenlegung ist somit mit großer Majorität abgelehnt worden. (Dieses Resultat ist allerdings sehr bedauerlich. Redaktion.) Zum 3. Punkt erhält der Kassierer Gumbinger das Wort. Er verliest die Abrechnung des 4. Quartals 1908. Die Zahlstelle hat ein Gesamtvermögen von 1234.12 Mark. Hierauf wurden auf Anregung eines Kollegen die rückständigen Beitragszahler verlesen, unter denen sich die beiden Hilfskassierer von Altona und Ohlsdorf befinden. Beide wurden abgesetzt, für Altona wurde Kollege Stedmeß gewählt und die Befehle für Ohlsdorf wurde dem Vorstande überlassen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: S. Schwarz I, erster Vorsitzender, W. Kulappe, zweiter Vorsitzender, P. Gumbinger, Kassierer, Büttel, Schriftführer, Ernst Schörmel, erster Revisor, August Heinrich, zweiter Revisor. Zum 5. Punkt ergreift Kollege Schwarz das Wort und teilt der Versammlung mit, daß ihm der Vorsitzende der Steinmetzmeister einen Brief sandte. Die Meister verpflichteten sich von jetzt ab, nicht nur auf Bauten wie bisher, sondern auch in den Werkstätten und bei Staatsbauten 90 Pfg. Stundenlohn zu bezahlen. Daraufhin wurde die alte Tarifkommission beauftragt, mit den Meistern den Tarif sobald wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Guthurm. Zum erstenmal im Jahre (bayerischer Wald) war es dem Kollegen Mittenmeier möglich, in einer Versammlung das Programm der freien Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln. War auch der Besuch kein großer, so war doch die Aufmerksamkeit um desto ergiebiger. Durch die Aufnahme von 14 Kollegen war die Gründung der Zahlstelle Kalleneck möglich. In der Diskussion wurde Unglaubliches entrollt. Vorschlagsmäßige Arbeits- und Frühstücksbüben sind dort fremd; Abortanlagen, Notverbandstaschen kennt man nicht. In einem einzigen Steinbruch, in dem eine Kantine erbaut ist, ist den Arbeitern verboten, diese mit Holzschuhen zu betreten. Kollegen, die dem zuwiderhandeln, erhielten Kantinenverbot. Wegen Wiederholung dieses Verbots wurden sogar schon einige Kollegen gefündigt und entlassen. Die Steinbrüche sind alle senkrecht abgebaut und bilden stündlich eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der dortigen Arbeiter. Herr Kolier Fischl der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft scheint über die Gründung dieser roten Zahlstelle sehr erbozt zu sein, er machte am Abert der Ver-

sammlung dem Gauleiter gegenüber in der rüpelhaftesten Weise seinem bedrängten Herzen Luft. Diesem feingebildeten Schleppträger des Kapitals empfehlen wir höflichst das Buch Knigges Umgang mit Menschen. Soll er darin die nötigen Lehren nicht finden, so laden wir ihn an dieser Stelle ein, unsere nächste Versammlung zu besuchen. Es soll ihm dann reichlich Gelegenheit geboten werden, uns in den Anschauungen des wirtschaftlichen ökonomischen Kampfes der Arbeiterschaft eines Besseren zu belehren. Das sei aber dem Herrn Kolier gesagt, mit seinen Anrempelungen kann er unsern Verband im Jahre nicht an die Seite drücken.

Meißen I. Im hiesigen „Tageblatt“ sucht die Firma Roth u. Töpelmann in Gera tüchtige Granitsteinmeßen und Schleifer bei 52 bzw. 45 Pfg. Stundenlohn, aber sie dürfen keiner Organisation angehören. Gerade hier in Meißen, denken die Herren, sind solche Leute vorhanden, weil sie schließlich von den Gelben gehört haben. Damit die Kollegen anderwärts informiert sind, so sei bemerkt, daß hier alle Schleifer und Steinmeßen organisiert sind. Voriges Jahr zählten wir kaum ein halbes Hundert Mitglieder, da so viele abgereist waren, am Jahreschlusse aber musterten wir wieder 155. Das ist wohl ein Beweis dafür, daß wir nicht vernichtet worden sind, und die obige Firma in Gera mag sich anderweitig Unorganisierte suchen. Gleichzeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 24. Januar, unsere Generalversammlung stattfindet, wie auch im Inserat in dieser Nummer zu ersehen ist. Hoffen wir, daß ein jeder durch Anwesenheit in dieser Versammlung sein Interesse an der Zusammenfassung der Ortsverwaltung zeigt, denn zur Gründung der Zahlstelle bedarf es tüchtiger Kollegen. Erwähnt sei noch, zu dem am 7. Februar stattfindenden Arbeitslohnzählung mögen sich eine Anzahl Kollegen zur Verfügung stellen.

(Die Firma Roth u. Töpelmann suchte auch im Oberfränkischen tüchtige Steinmeßen. Es hat natürlich kein Kollege auf das „freundliche“ Angebot reagiert. Inzwischen hat nun die Firma mit den Geraer Kollegen einen Tarif abgeschlossen. Ja, ihr Herren Meister, Arbeitswillige in der Steinindustrie heute anzuwerben, ist eine schwere Sache. Mit aller Gewalt suchte dies ja Herr Köhler in Meißen durchzusetzen; er ließ sich diese Anwerbung zahlende von Mark kosten, aber es dauerte kein Jahr und der Bankrott mußte angemeldet werden. Der Steinarbeiterverband hat durch seine Entwicklung dafür Sorge getragen, daß unsere Meister nur selten auf die Hilfe Arbeitswilliger reflektieren können. Redaktion.)

Mühlhausen im Elsaß. Am 2. Januar tagte im Lokal Elynger unsere diesjährige Generalversammlung, welche sehr schlecht besucht war. An der Einladung hat es nicht gefehlt. Der schlechte Besuch mag jetzt in der momentanen Arbeitslosigkeit oder auch in der Trägheit der Mehrzahl der Kollegen zu suchen sein. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 22 Mitglieder versammelungen und zwei außerordentliche stattgefunden haben. Der Besuch der Versammlungen war in den meisten Fällen nicht gut; in 10 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Zugehörigkeit zur politischen Organisation kann auch keine erfreuliche genannt werden, denn von 80 am Orte organisierten Kollegen sind nur 23 politisch organisiert und 50 lesen die Parteipresse. Von einer Lohnbewegung wurden wir im Berichtsjahre verschont, da unser Tarif bis 1. April 1910 festgelegt ist. Differenzen waren einige zu verzeichnen, da ein Teil der Unternehmer den Tarif und die Bundesratsverordnung nicht einhielten. Die hauptsächlichste Aufgabe im Jahre 1909 ist der innere Ausbau der Zahlstelle, sowie die Schulung der Kollegen, da wir am hiesigen Orte in der Breite nicht mehr viel gewinnen können. In der Diskussion wurde vom Kollegen Droll darauf hingewiesen, wenn auch am Orte selbst für den Verband nicht mehr viel zu holen ist, so müßte es sich die Zahlstelle zur Pflicht machen, die organisationsfähigen Arbeiter, welche in den umliegenden Dörfern beschäftigt sind, dem Steinarbeiterverbande zuzuführen. Der Jahresbericht des Kassierers ergab folgendes Bild: Einnahme 2745.39 Mark, Ausgabe 2294.67 Mark, Kassenbestand 450.72 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1908 85 und am 1. Januar 1909 82. Durchgereist sind 41 Kollegen. Kollege Droll als Kassenrevisor bestätigt, daß die Buch- und Kassenführung eine muster-gültige ist. In die Ortsverwaltung wurden Kollege Kint als 1. und Kollege Klein als 2. Vorsitzender, Kollege Wolf als Kassierer und Kollege Raft als 1. und Kollege Scheuer als 2. Schriftführer wiedergewählt. Von seiten der italienischen Kollegen wurde Kollege Hoff als Beisitzer gewählt. Die Kollegen Droll und Witzmann wurden zu Kassenrevisoren bestellt. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Wolf, Kint und Raft gewählt. Zum 3. Punkt: Rückblick auf die wirtschaftlichen Kämpfe des verflorenen Jahres und die Aufgaben für die Zukunft referierte Kollege Droll. Seine Ausführungen sowie Vorschläge wurden von der Versammlung gutgeheißen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, mehr wie bisher die Versammlungen zu besuchen. Mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die sachlich verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Neubaus a. Inn. Sonnabend, 9. Januar, tagte hier eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung, welche erfreulicherweise auch von mehreren Frauen besucht war. Gauleiter Mittenmeier entwickelte in einem längeren Vortrag die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Organisation für die Arbeiterschaft. Er erwähnte die anwesenden Kollegen zum Beitritt in den Steinarbeiterverband, wodurch die einzige Möglichkeit geschaffen sei, die pekuniär und moralisch gebückte Stellung der Kollegen von Neubaus und Umgebung zu heben. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Die im Sinne des Referenten gehaltenen Diskussion bewies, daß den Kollegen aus dem Herzen gesprochen wurde. 26 Kollegen erklärten sofort den Beitritt zum Verband und ermöglichten die Gründung der Zahlstelle Neubaus am Inn. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Untermeierhofer als Vorsitzender, Hiller als Kassierer und Joseph Noth als Schriftführer. Der harmonische Verlauf der Versammlung wird die Kollegen zur agitatorischen Kleinarbeit aufgemuntert haben, um den großen Indifferentismus auf bairischem und dem angrenzenden österreichischen Gebiet zu beseitigen.

Dörsenfurt. Unsere Generalversammlung fand am 3. Jan. 1909 statt. Zunächst las der Kassierer Kollege Knorr die Erläuterung betreffs der neuen Bücher vor und gab die noch restierenden Mitglieder bekannt. Dann beantragte er, daß der Ortsfonds in der Distriktskasse Dörsenfurt angelegt wird, was auch allgemeine Zustimmung fand. (In andern Zahlstellen mag dieser Beschluß ebenfalls die nötige Beachtung finden. Redaktion.) Es wurden hierzu 8 Kollegen gewählt, die die Sache zu übernehmen haben. Hierauf wurde zur Neuwahl geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Georg Wiener wiedergewählt, als 2. Vorsitzender Kollege Heinlein. Ebenso wurden als Kassierer Kollege Franz Knorr und als Schriftführer Kollege Joseph Endres wiedergewählt. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Schwarz und Sieber. Bei Punkt Verschiedenes wurden unsern Kassierer für seine Mühe 10 Mk. aus der Ortskasse bewilligt und hat derselbe darüber frei zu verfügen. Nach einer kurzen Besprechung der Wertplätze wurde die Versammlung geschlossen.

Stierenfels. Unsere Generalversammlung wurde am 8. Januar abgehalten. Der Kassenbericht wurde erstattet und die Revisoren konnten erfreulicherweise konstatieren, daß sich alles in bester Ordnung befinden habe. Es ist für die Mitglieder sehr angenehm, wenn sich die Verwaltung in so reellen Händen befindet. Mag es auch in Zukunft so bleiben. Nunmehr wurden

die Wahlen vorgenommen. Als Vorsitzende fungieren S. Siegrist und D. Eckert, als Kassierer wurde Fr. Stredfuß gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde auf die schweren Differenzen mit Lachnauer verwiesen. Wir müssen einmütig zusammenstehen, um diesen Herrn Meister zur Räson zu bringen. In unserm Gebiet gibt es kein Jurid mehr, fest und geschlossen steht die Kollegenschaft da. Den noch kommenden Stürmen, entfacht von den Herren Unternehmern, wird die hiesige Zahlstelle zu widerstehen wissen.

Rundschau.

Sach das allgemeine Wahlrecht. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete in Dresden am Sonntag, den 17. Januar, vier große Volksversammlungen, in welchen die schändlichen Pläne der sächsischen bürgerlichen Partei wegen der Schaffung eines neuen Wahlrechts besprochen wurden. Weit über 10 000 Personen nahmen an den eindrucksvollen Versammlungen teil. Nach den Versammlungen kam es zu einer mächtigen Straßendemonstration. Gegen 15 000 Personen waren nach dem Altmarkt gezogen, die Polizei war haufenweise zur Stelle, sie arbeitete mit blankem Säbel. König Friedrich August wurde zum Dornburg-Vortrag, welcher auch am selben Tage stattfand, von berittlenen Schutzeinheiten eskortiert. Auf der Rückstorte brachte das Volk dem König für mündliche Ovationen dar, indem immer der Ruf laut wurde: Hoch das allgemeine Wahlrecht!

Der König soll, laut bürgerlichen Müttermelungen, von tiefen Hochrufen sehr wenig erbaut gewesen sein.

Das Arbeitskammergesetz. Der Reichstag nahm am 15. Jan. die erste Lesung des Gesetzes über die Arbeitskammern vor. Die Vorlage weist unzulässig einige Fortschritte gegenüber dem ursprünglichen Entwurf auf. Sie setzt z. B. an Stelle des Filterwahlrechts, das die erste Stützung vorfand, ein gleiches und allgemeines Wahlrecht beider Geschlechter, mit der bedeutenden Einschränkung freilich, daß den großen Arbeitgebern ein Pluralwahlrecht eingeräumt wird. Das trifft übrigens nicht die Arbeiter, sondern die kleinen Gewerbetreibenden, die sich ihrerseits mit dieser Art Mittelstandspolitik auseinandersetzen müssen. Trotz dieser Verbesserungen trankt der Entwurf an schweren Uebeln. Er erlaubt die Landarbeiter und Arbeiter in Heeresbetrieben usw. jeder Vertretung; er unterwirft die neu zu schaffenden Kammern einer engen bürokratischen Bevormundung, er schließt sehr im Gegenfall zu dem Handelskammer-, Landwirtschaftskammer- und Handwerkskammergesetz gewerkschaftliche Beamte von der Wählbarkeit aus und schafft überhaupt statt einer besonderen Arbeitervertretung sogenannte paritätische Institutionen, wodurch die Arbeitgeber, die ihre verschiedenen Sonderkammern haben, zu einer doppelten Vertretung gelangen.

Zum Entwurfe selbst sprach in einer vorzüglichen Rede auch Genosse Legien, der Vorsitzende der Generalkommission. Die meisten bürgerlichen Abgeordneten hatten großes Wohlwollen für den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg übrig. Der Freisinnige Dr. Goller, Steinbruchbesitzer aus Münsberg, Abgeordneter für Hof, sagte ein monotonen Sprichlein her. Natürlich beweihräucherte auch er den Staatssekretär.

Interessante Vorträge. In Dresden beginnen demnächst mehrere Volkshochschulvorträge, wobei Oberbergat Professor Dr. Wed von der Freiburger Bergakademie über folgende Themen reden wird: 25. Januar: Ueber nichtdeutsche Erzlagertstätten, besonders von Gold, Silber, Kupfer; 1. Februar: Ueber Salz- und Kohlenlagerstätten sowie Vorkommen von Edelsteinen; 8. Februar: Ausbreitung des Bergbaues über den Erdball; 15. Februar: Neue Bergwerksergebnisse des 19. Jahrhunderts; 22. Februar: Die wichtigsten Fortschritte der Bergbautechnik mit besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung der Schlagwettergefahren. (Teilnehmerkarte 1.50 Mk.)

Vielleicht ließe sich noch ein Vortrag über Steinbruchsgologie einschleichen. Für die Dresdner Steinarbeiter sind die Vorträge sicherlich sehr wissenswert.

Ein Streikbrechervermittlungsbureau ist der Internationale Arbeitsnachweis von Fr. A. W. Müller in Wandabed bei Hamburg. In einem Reklamizirkular der Firma wird herabgehoben: das Institut steht vollständig auf nationalem Boden, und werden keine Leute vermittelt, welche einem sozialdemokratischen Verbandsangehörigen. Im Jahre 1907 ist circa 8000 Nichtverbandsarbeitern vermittelt worden. In den Referenzen bestätigt die Alster-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg, daß der Internationale Arbeitsnachweis ihr „während der Streikzeit“ Maschinenisten und Deckleute vermittelt habe. Die Feuerstelle des Vereins Hamburger Meeder befindet sich die Lieferung von circa 1000 Leuten „während des Seemannsstreikes“. Auch der Wandabeder Lederfabrik A.-G. sind „gelegentlich eines Streiks“ Leute vermittelt worden, desgleichen der Firma Rod u. Raschebaum, G. m. b. H., Eisengießerei und Maschinenfabrik in Hannover-Riß und der Firma Garzer Pflastersteinbrüche, G. m. b. H., in Langelsheim. Letztere Firma schreibt wörtlich: „Nie ließen sie (die Streikbrecher) sich von den Streikenden weder durch Drohungen, noch durch List abschleichen, was andre, vorher von uns bezogene Leute taten. Jedenfalls sind die Leute als Streikbrecher gut zu verwenden.“ Es muß eine ganz besondere Rasse sein, die der Wandabeder internationale Arbeitsnachweis vermittelt. Vermerkt sei, daß die Langelsheimer Werke mit den schändlichen Streikbrechern unsern Kollegen den Erfolg doch nicht streitig machen konnten.

Die Löhne werden gekürzt. Im Westerbald findet sich eine starke Basaltsteinindustrie vor. Nun sind kürzlich die Unternehmer zusammengetreten und faßten den Beschluß, die Löhne um 10 Prozent zu kürzen. Der Beschluß wurde natürlich pünktlich durchgeführt. Leider sind die Basaltarbeiter nicht organisiert, um diesen frivolen Schlag abzuwehren zu können.

Die „guten“ Rechner. Bei der 1. Neubausinspektion Nürnberg fand zur Ausführung der Eisenbahnbauarbeiten der Lokalbahn Nürnberg-Nord-Großreuth b. Schw. (4246 Meter Längelänge, 153 000 Kubikmeter Erd- und Felsarbeiten, 2000 Quadratmeter Pflasterungen, 1250 Kubikmeter Beschlatterungen und Basaltgrus zu Wegbefestigungen, 1150 Kubikmeter Grundbau, 1140 Kubikmeter Granitrandsteine, 4000 Kubikmeter Bettungsmaterial aus Sand und Grus) u. a. folgende Angebote eingelaufen: Leonh. Mosbt-München: 241 985 Mark; Wieber u. Bonverden-Nürnberg: 462 785 Mark. Es ergibt sich also zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot ein Unterschied von 220 780 Mark.

Die Münchener Firma scheint ihr Material also umsonst zu erhalten.

Enormer Steinverwand. Im Oberrhein (Rheinpfalz) ergießt eine starke Melaphyridindustrie. Meistens werden Pflastersteine hergestellt; der Abfall wird zum Markschlag aufgearbeitet. Die Hauptbetriebe befinden sich am Remiguisberg bei Alten-glan. Es sind insgesamt gegen 1500 Steinarbeiter beschäftigt. Der Steinverband gestaltete sich folgendermaßen (in Waggons):

	1904	1905	1906
1. Rammelsbach	21 692	17 784	17 190
2. Theisbergstein	5 454	5 145	5 849
3. Allenglan	3 775	3 671	5 568
Zusammen	30 921	26 600	28 607

Die Produktion im Jahre 1904 war deshalb so riesig, weil zum Bau der strategischen Bahn Münster-Et. Ingerd außer-gewöhnlich viel Steinmaterial verwendet wurde. — Im Jahre 1906 wurden also täglich, rechnen wir 300 Arbeitstage = 88

Waggons Steine verhandelt. Diese Ziffern brüden recht drastisch aus, wie stark im Glantale die Hartsteinindustrie vertreten ist.

Das Züricher Steinmetzgewerbe geht zurück. In Zürich machte der Baumeisterverein eine Eingabe an den Stadtrat, in welcher dargelegt wird, daß die Zahl der beschäftigten Steinmetzen von 500 im Jahre 1903 jetzt auf etwa 200 zurückgegangen ist. Die Petenten klagen, daß der Kunststein von den städtischen Baubehörden eine allzu starke Bevorzugung erfahre.

Aus der Steinindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das in den Vereinigten Staaten in der Steinindustrie festgelegte Kapital beträgt etwa 400 Millionen Mark. Die Steinindustrie hat sich dort sehr schnell entwickelt. Das beweist, daß die englische Einfuhr enorm zurückging. Die Produktion in den Vereinigten Staaten gestaltete sich folgendermaßen:

	Marmor	Granit
1893	9 644 000 Mt.	35 235 740 Mt.
1880	8 176 860 "	20 755 980 "
Zunahme in 13 Jahren	467 140 Mt.	14 479 760 Mt.
1902	20 176 720 Mt.	73 031 760 Mt.
1893	9 644 000 "	35 235 740 "
Zunahme in 10 Jahren	10 532 720 Mt.	37 796 020 Mt.

Die rapide Entwicklung fällt somit in die Zeitperiode 1893 bis 1902. Neuere Ziffern liegen zum Vergleich noch nicht vor.

Lohnsätze — literarische Leistungen! Vor einigen Wochen wurde berichtet, daß im Bureau des Zertifikatsverbandes in Neugersdorf i. S. auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Baugen, eine Haussuchung und Beschlagnahme von Lohnsätzen, die der Verband auf Veranlassung der dortigen Arbeiterschaft hatte in Druck legen lassen, stattgefunden habe. Der Verleger derselben, Genosse Heibel, erhielt nun eine Anklage wegen Verletzung des § 88 Ziffer 1 und § 45 des Reichsgesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur vom 19. Mai 1901 und wegen Vergehen gegen § 9 Absatz 2 und § 12 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896. Am 8. Januar fand nun vor dem Landgericht Baugen die Hauptverhandlung statt. Bei Eingang in die Verhandlung stellten die Fabrikanten, deren Lohnsätze veröffentlicht worden waren, den Antrag, als Nebenkläger zugelassen zu werden. Während der Verhandlung wurde die Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs fallen gelassen. Genosse Heibel wurde wegen Verletzung des Urheberrechts zu 300 Mt. Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu einem Monat Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Der Antrag auf Zahlung einer Buße wurde abgelehnt, da ein Schaden durch die Drucklegung und Veröffentlichung nicht nachzuweisen war. Auch wurde auf Einziehung der vorhandenen Exemplare und Vernichtung der Platten erkannt.

Das Urteil ist für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung, da die Lohnsätze als Schriftwerke betrachtet werden müssen, deren Veröffentlichung nur dem geistigen Urheber zusteht. Bleibt dieses Urteil bestehen, dann darf in Zukunft kein Arbeiter, keine Gewerkschaft Lohnsätze in Druck legen und veröffentlichen im Interesse ihrer Mitglieder, wenn sie nicht das Einverständnis des Unternehmers besitzen, sofern derselbe der geistige Urheber ist.

Im Steinarbeiterverband kämen da die Bezirkskarte für das Fichtelgebirge und den bayerischen Wald in Frage.

Nicht die Sozialdemokratie, sondern Großindustrie und Schutzoll ruinieren den Handwerkerstand. Das ist das Klage lied, welches die Handwerkskammer in München anstimmt. Es heißt in ihrem Bericht:

Die Preise der Rohstoffe sind im allgemeinen eher höher geworden, auch trotz der mangelnden Arbeitsgegenstände sind verschiedentlich und wunderbarerweise die Löhne noch höher geworden, während entsprechende Einnahmen nicht zu erreichen waren.

Wie sehr den einzelnen Gewerben die Daseinsbedingungen durch die hohen Zölle erschwert worden sind, ergibt sich aus folgenden Beispielen: Dem Maler- und Anstreicherhandwerk hat der neue Zolltarif schwere Nachteile gebracht. Zahlreiche seiner Artikel, die bis 1906 zollfrei waren, wurden mit hohen Zöllen belegt (Roter Zinnober von 0 auf 10 Mt., Berliner Blau von 0 auf 10 Mt.), für andre Rohprodukte erfahren die Zölle eine nicht unwesentliche Steigerung (Oelfirnisse von 6 auf 7 Mt., Weingeistfirnisse von 20 auf 30 Mt., Lackfirnisse von 20 auf 25 Mt.). Für die Dachbeder kommt namentlich die Zollhöhe auf Dachpappe von 1 auf 1,50 Mt. in Betracht. Lebhaftige Klagen führen auch die Tischler. Sie müssen heute für Furniere das Doppelte und Dreifache gegen früher bezahlen. Von sachmännischer Seite schätzt man die jährliche Mehrbelastung der Holzverbraucher gegen den alten Zustand auf rund 76 Millionen Mark. Für die Metallgewerbe, Schmiede, Schlosser und Klempner ist durch den agrarischen Zolltarif eine wesentliche Verteuerung von unentbehrlichen Handwerkszeugen (Feilen, Raspeln, Bohrern, Stemmeisen usw.) erfolgt. Es sei weiter erinnert an die Erhöhung der Zölle auf Leder, das Rohmaterial für Sattler und Schuhmacher. Am meisten sind durch die Erhöhung der Zölle natürlich die Bäcker getroffen; denn das Getreide ist am stärksten im Preise gestiegen. Die Großindustrie hat ein Interesse an hohen Schutzzöllen, deshalb hat sie diese Politik auch seit Jahren gefördert. Die Lohnarbeitende Klasse, das Handwerk und der ganze Mittelstand müssen darunter schwer leiden. Und doch sind auch wieder Handwerkerfreie dumm genug, sich von dem Agrarier zum ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Arbeitslosen- und Geistlichen-Fürsorge. Als die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Braunschweig Notstandsarbeiten für die zahlreichen Arbeitslosen forderte, antwortete ihr der Oberbürgermeister, daß die Arbeitslosigkeit zwar bedauerlich, aber nicht zu ändern sei, man könne daher außerordentlich Ausgaben für die Arbeitslosen — zu Lasten der städtischen Mittel — auch nicht machen.

Derselbe Oberbürgermeister vertritt jetzt eine Vorlage, in der die Mietsentschädigungen für fünf Stadtgevierte von 1200 auf 1500 Mark erhöht werden sollen. In Braunschweig sind sehr große und schöne Wohnungen zum Preise von 600—800 Mark in jeder Stadtgegend in ausreichender Zahl zu haben. Die Geistlichen, die ein Gehalt von 4100—6500 Mark beziehen, erhalten sonach in der Form der Mietsentschädigung noch eine Extrazulage von ganz erheblichem Umfange. Den andern Stadtgeistlichen hat man gar eigene Wohnhäuser erbaut, die sich für eine Familie auf mindestens 40—50 000 Mark stellen.

Diese liebevolle Fürsorge für die Geistlichen steht im schroffsten Gegensatz zu der Haltung gegenüber den Arbeitslosen.

Die Geistlichen in Braunschweig verstehen eine solche Lage sicherlich zu würdigen. Man kann dabei den Arbeitern gegenüber bedeutend leichter Enthaltensamkeit von allen irdischen Genüssen predigen.

Arbeitslosenzählung. Die Maurerorganisation läßt ab 30. Januar eine umfassende Arbeitslosenzählung vornehmen. Der „Grundstein“ bringt in der Nr. 3 einen sehr instruktiven Artikel über diese Frage. In der Einleitung heißt es: „Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat des öfteren versucht, die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern festzustellen, aber immer sind die Versuche so enttäuscht ausgefallen, daß von einer dauernden Zählung der Arbeitslosen Abstand genommen wurde. Nun soll wieder einmal der Versuch gemacht werden, fortlaufend für längere Zeit, periodisch den Umfang der Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe zu erforschen. Die Zählung soll am 30. Januar beginnen und am letzten Werktag jedes Monats wiederholt werden. Von dem Gelingen dieses Versuchs, d. h. von der tüchtigen oder ungenügenden Mitarbeit

der Mitglieder, wird es abhängen, ob die Arbeitslosenzählung auf die Dauer von mehreren Jahren fortgesetzt wird oder nicht. Unerlässlich ist die Fortsetzung, wenn das Ergebnis der Zählung als Grundlage zur Beurteilung der Frage dienen soll, ob und unter welchen Bedingungen eine Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandes möglich ist. Würden sich die Erhebungen nur auf ein Jahr erstrecken, das von der wirtschaftlichen Krise beherrscht ist, dann müßte das Bild recht düster ausfallen, während die alleinige Aufnahme in einem Jahre guter Konjunktur viel zu hell in die Erscheinung treten würde.“

Wie es gemacht wird. In Leipzig ließ sich vor etlichen Wochen der Stadtrat Wolf pensionieren. Er gab Alter und Kränklichkeit als Grund seiner Pensionierung an. Sein Ruhegehalt wird etwa 10 000 Mark alljährlich betragen. Raum schieb er aus dem städtischen Dienst, so ließ er sich in Leipzig als Rechtsanwalt nieder. Wenn es doch die Steinarbeiter in ihren alten Tagen auch so bequem haben könnten.

Künftig gescheitert. Der Gemeinderat in Saalfeld hat vor einiger Zeit den Proporz für die Gewerbegerichtswahlen eingeführt, um einem Verein reichstreuere Arbeiter zu einer Vertretung zu verschaffen. Jetzt haben nun die Wahlen nach dem Proporz stattgefunden. Die Reichstreuen brachten aber nicht einmal die 60 Unterschriften zusammen, die zur Einreichung einer Vorschlagsliste nötig sind. Infolgedessen ging die Liste des Gewerkschaftskartells ohne Widerspruch durch.

Und derweil haben die Reichstreuen vor der Wahl schon mächtig triumphiert.

Konsumgenossenschaftliches. Wie in der neuesten Nummer der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau mitgeteilt wird, ist die Errichtung einer Seifenfabrik durch die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg nunmehr gesichert. Und zwar wird das Unternehmen in Sachsen, in Gröba bei Riesa, errichtet. Es wurde ein 40 000 Quadratmeter großes Areal angekauft, das in der Nähe des Hafens und der Eisenbahn liegt. Zum Frühjahr soll mit dem Bau begonnen werden. Das Projekt schwebt schon über vier Jahre.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz zahlte im Jahre 1908 an seine Mitglieder eine Rückvergütung von 1 600 000 Mark. Diesen enormen Betrag hätten ohne den Konsumverein die Leipziger Kaufleute eingestrichen, überdies hätten diese die Lebensmittelpreise bedeutend in die Höhe geschraubt.

Der Konsumverein Brandis-Beucha bei Leipzig, dem meist Steinbrucharbeiter angehören, verteilte an seine Mitglieder an Rückvergütung für 1908 den schönen Betrag von 11 000 Mark. In ferneren Kollegen kommt diese Extrazulage in der gegenwärtigen Zeit sehr zupasse. Würden sie die Waren nicht beim Konsumverein eingekauft haben, kein Mensch würde ihnen eine Rückvergütung geben. Die Selbsthilfe bewährt sich auch sehr lobenswert.

Die Bildhauer halten ab 31. Mai in Magdeburg ihre fünfte ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung ist noch nicht bekannt gegeben. — Nach Branchen geordnet sind im Bildhauerverband organisiert: 64,2 Prozent Holzbildhauer, 12,7 Prozent Steinbildhauer, 10,4 Prozent Modelleure und 4,5 Prozent Angehörige anderer Berufsgruppen. — Am Schlusse des 3. Quartals 1908 zählte der Verband 4193 Mitglieder, gegenüber demselben Quartal 1906 trat ein Minus von 850 Mitgliedern ein.

Günstiger Felssturz. Im Försterschen Steinbruch zu Herrenleithe bei Pirna wurden schon seit langem Unterhöhlungs- oder sogenannte Schrämmarbeiten vorgenommen. Nun sind die Steifen zum Fall gebracht worden, die Felswand stürzte ab und 6000 Kubikmeter brauchbares Sandsteinmaterial war gewonnen. Die Schrämmarbeit ist äußerst gefährlich, sie sollte ohne weiteres verboten werden.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Reichen. Der Steinarbeiter Ant. Dreischneider aus Etschau bei Leptitz möchte umgehend seine Adresse einfinden. Eventuell möchten die Vertrauensleute diesen Hinweis beachten. Joseph Kunz, Leisingstraße 2.

Zwidau. Der Steinmetz Albert Grohe aus Deberan, geb. am 27. Oktober 1880, möchte Familienangelegenheiten halber seine Adresse an Unterzeichneten einfinden. M. Röthold, Römerstraße 17, I.

Mainz. Die Reiseunterstützung wird ab 1. Februar im Verkehrslokal Goldner Pflug, Ecke Pfandhaus- und Weischnonnengasse, ausgezahlt.

Hamburg I. Die Reiseunterstützung wird vom 1. Februar ab beim 1. Vorsitzenden, H. Schwarz, Sachsenstraße 70, I., ausgezahlt.

Essen. Am 30. Januar findet Neuwahl des Vorstandes statt. Wir bitten, daß die Generalversammlung zahlreich besucht wird. Die Verwaltungsmitglieder.

Mittweida. Unsere Herberge befindet sich im Restaurant Cambrinus.

Riesa. Die Reiseunterstützung wird bei Paul Bruse, Schloßstraße 20, IV., ausgezahlt. Die Kollegen machen meist noch den weiten Weg nach Gröba. Die Ortsverwaltung.

Reichelsburg. Die reisenden Kollegen mögen sich bei der Arbeitsnachfrage nach dem Breitenborner Bahnhof bemühen. Dort befindet sich jetzt die große Werkstätte. Die Ortsverwaltung.

Königsbrück. Der Steinmetz Johann Schmidt möchte sofort seine Adresse mitteilen. Ernst Leuthold.

Bülow (Mecklenburg). Kollege Emil Harbrab, wo bist Du? Gib sofort Deine Adresse an. Joseph Neubert.

Königsbrück (Schweiz). Der Steinmetz Johann Zion wurde aus dem schweizerischen Steinarbeiterverband ausgeschlossen. Da Betreffender sein Buch noch in Händen hat und er nach Deutschland abreist, so ist es nicht unmöglich, daß er sich in den Genuss der Reiseunterstützung setzen will. Rupert Lütke, Kassierer.

Neue Zahlstellen.

Neubaus am Jun (10. Gau). Vorf.: Johann Untermeier. Kass.: Joseph Hiller.

Kalteneck (10. Gau). Vorf.: Max Saller. Kass.: Georg Donaubauer.

Adressen-Änderungen.

Plagwitz-Löwenberg. Vorf.: Willy Arnold, Löwenberg, Laubauer Straße 229. Kass.: Fritz Martin, Löwenberg, Hirschberger Straße 7.

Mainz. Vorf.: Friedrich Wolsmüller, Dsteinstraße 14, IV. Hof (Bsp.). Vorf.: Jos. Feldmeier, Stegmundgraben 27, II. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Kupfer, Weberstraße 4, aus. **Wede.** Vorf.: Emil Gastenroth, Frömmersbach b. Gummersbach (Rheinland).

Büchberg (Niederbayern). Vorf.: Franz Stabler, Sabersreuth, Post Büchberg. Kass.: Max Hasendörl, Büchberg.

Bad Mülling. Vorf.: Hans Höller, Elektrisches Restaurant. Kass.: Stephan Spiegelsberger.

Rottenbauer. Kass.: Johann Schmidt.

Reichheim. Vorf.: Hans Grabmeier, Alter Markt 78.

Reichheim. Vorf.: Hermann Lau, Felsstraße 53, pt. Kass.: Karl Klähr, Helenestraße 22.

Bremen. Vorf.: R. Wagenknecht, Elsbethstraße 44a, II. **Kaiserhammer.** Vorf.: Georg Geirt, Steinbleiser, Wendenhammer (Post Markt Leuthen). Kass.: Johann Franz, Kaiserhammer.

Ober-Pflon. Vorf.: Gustav Menzel, Schulstraße. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.

Alt-Warthau I. Vorf.: Gottfried Kohl.

Mannheim. Vorf.: Paul Hofmann, Schweginger Str. 51, III. Kass.: Peter Lattler, Burgstraße 19. Die Reiseunterstützung wird von 5¹/₂—7 Uhr abends in der Wohnung des Kassierers ausgezahlt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. Januar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Bruchmühl, B. 190,45, K. 2,60, M. 1,50; Einbeck, B. 79,92, K. 0,25; Frankfurt a. O., B. 66,70, K. 14,60, M. 1,20; Gerbede, B. 23,—, E. 1,25, K. 8,—; Heidingsfeld, B. 153,18, K. 5,70; Kleinfriedrich, B. 187,54, E. 4,—, K. 1,50; Oberdorf, B. 72,96, E. 6,25, K. 15,20; Pirna, B. 2054,—, K. 84,—, M. 5,—; Sparned, B. 2,52, K. 0,30; St. Johann, B. 141,68, E. 0,50, K. 1,20, M. 0,20; Wenig-Radwig, B. 349,14, E. 2,50, K. 25,90; Westhofen, B. 8,74; Einbeck (Caulsche), Ins. 2,—; Wien, Ab. 3,60; Klein-Plagwitz, B. 4,—; Marienhagen, B. 1,40; Wirges, B. 17,48, K. 1,40; Wörth, B. 42,—, K. 4,—, M. 0,50; Wunfiedel, B. 42,12, E. 0,50, K. 14,60; Schopfloch, K. 10,—; Sulzfeld, B. 75,—; Riesa, E. 10,75; Neubaus, E. 7,—; Kalteneck, E. 13,50; Neuenstein, B. 120,96, E. 2,50, K. 10,—; Würnster, B. 62,10, K. 0,90; Kirchhausen, B. 42,—, E. 3,—, K. 10,50; Kirchberg, B. 80,65, K. 1,10; Hildesheim, B. 161,92, E. 3,50, K. 3,90, M. 0,20, X. 0,50; Edensteden, B. 318,36, E. 1,—, K. 24,30; Delfau, B. 23,—, E. 0,50, K. 0,80, X. 1,—; Demitz, B. 630,—, E. 2,50, K. 40,—, Ins. 5,20; Bülow, 63,94, E. 0,50, K. 0,70; Dresden (Steglich), Porto zurück 3,45; Büch, Ab. 4,80; Meisen (Rung), Ins. 1,—; Leipzig (Schlager), K. 1,50; Verden, B. 11,—; Goya, B. 8,10; Leipzig (Hilliger), K. 4,45; Naasdorf, B. 66,50, E. 3,—, K. 2,50; Eppingen, B. 14,06, K. 17,—, M. 0,20; Rnüttlingen, B. 17,48, K. 4,40; Strn, B. 18,40, E. 1,50, K. 2,50, M. 0,60, X. 5,—; Langensalza, B. 200,10, E. 0,50, K. 14,45; Naumburg, B. 52,90, E. 6,25, K. 14,70; Neuhag, B. 53,32, K. 4,80; Bo'en, B. 119,60, E. 0,25, K. 1,90; Rogbach, B. 228,06, K. 33,70; Sulzfeld, B. 77,—, E. 1,50, K. 0,90, M. 2,—; Spornhöfel, B. 58,56, E. 2,50, K. 1,60; Schopfloch, B. 26,60, K. 0,40; Wunfiedel, B. 15,—; Burgen (burch Siebold), B. 273,—, E. 0,25, K. 16,—; Schmie, B. 7,60, K. 0,65; Rothenburg a. T., B. 266,80, E. 5,—, K. 29,20, M. 4,50; Plauen, 9,—; Verbach, B. 29,40, K. 1,50, M. 5,80; Nörb-lingen, B. 225,40, E. 3,—, K. 3,60, M. 0,40; Kirchenlamitz, B. 5,70, K. 1,05; Heppenheim, B. 56,28; Gröblich, B. 131,26, K. 3,10; Kolmar, B. 221,72, K. 0,20, M. 1,20; Breslau I, B. 227,24, E. 5,—, K. 14,05, M. 8,—, X. 13,—; Bremen, B. 460,—, E. 0,50, K. 9,—; Bad Mülling, B. 27,75; Kopenhagen, Ab. 2,23; Sonderburg, Ins. 2,40; Wesel, B. 8,80; Liebenthal, B. 5,60.

Ludwig Geirt, Kassierer.

Briefkasten.

L. R. Der Kalender kann in jeder Buchhandlung bestellt werden. — **E. D.** Deine Forderung muß in erster Linie berücksichtigt werden. Nach § 61 der Konkursordnung ist der rückständige Lohn eine bevorrechtete Forderung. Natürlich muß Du dem Konkursverwalter dementsprechend Meldung machen. — **Wiesbaden.** Eine Aenderung der Adressen ist ja nicht eingetreten. Die Bekanntgabe ist somit überflüssig. — **Gilt** auch für andere Zahlstellenverwaltungen. — **Kais.** Die erste genannte Kasse ist solider. Grüße mir auch den bairischen Kollegen. — **Odenwald, B.** Es kommt § 127 g der Gewerbeordnung in Frage. — **Elbischlöchen.** Könnte uns nicht der angefallt gewesene Meister namhaft gemacht werden? In solchen Fällen ist es nicht gut, schwammig zu sein. Aber es gilt.

Stille Berichte und Artikel müßten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Meissen I.

Sonntag, den 24. Januar 1909, nachm. 1/3 Uhr, Generalversammlung im Elbischlöchen.

Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.

Ein jeder Kollege muß Interesse an der Zusammenkunft der Ortsverwaltung haben, und ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Ingenieur-Akademie Wismar

für Architekten, Bildhauer und Steinmetz-Techniker sowie für Ingenieure. Aufnahmebedingungen im Programm.

Hobelbandstahl in vorzüglicher Qualität 15 x 0,38 mm

Steinmetzbleistifte echt Rehbach'sches Fabrikat, rund u. nach

Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmetzknüppel in prima Weichholz und Chinaholz

Steinmetzwerkzeuge und Blutsteine hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Zadetts, Hofen

Emil Keidel, Hamburg 6 Bartelsstraße 101.

Gestorben.

In Pirna am 15. Januar der Kollege Otto Gröger, 40 Jahre alt, durch einen Unglücksfall.

Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 4.

Freitag, den 23. Januar 1909.

13. Jahrgang

Umschwung in der Grabmalkunst.

Wer heute unsere Friedhöfe mustert, dem wird eine gewisse Gleichförmigkeit der Denkmäler ohne weiteres auffallen. Die Kleinmeister, die auch Denkmäler herstellen, plagieren ohne weiteres die Erzeugnisse der Denkmalfabriken, und diese Nachahmung fällt oft noch recht miserabel aus. — Die Granitindustriellen selbst haben meist in ihren Bureaus keine Architekten, die über reiche Formensätze verfügen; in der Mehrzahl haben sie Techniker mit ungenügender Vorbildung angestellt, die wiederum schematisch aus den großen „Bilderbüchern“, Vorlagenwerke genannt, kopieren. Und so sehen wir auch, daß die Kataloge der größeren Denkmalfabriken den stärksten Unterschied nur dem Umschlage nach zeigen; während die Entwürfe meist konsequent übereinstimmen.

Wir kennen eine Odenwaldfirma, die ihren Katalog seit Jahren nur unwesentlich verändert hat. Die Empfindungen und der Umschwung der Anschauungen in Kunstfachen beim Publikum wurden mit größter Seelenruhe ignoriert.

Jetzt sehen wir nun, daß unter den Denkmallieferanten doch einige kunstsinig vorbanden sind, welche mehr von der Schablone abweichen und an ein selbständiges Denken und Entwerfen herangehen. In den Werkstätten, in welchen Denkmalarbeiten hergestellt werden, ging es bisher immer nach dem Schema F. Vom Katalog wurde nur abgewichen, wenn die Rohsteine gerade die passendsten Maße nicht hatten; aber da handelte es sich dann mehr um das Fehlende in der Gesamtharmonie, als um eine Aenderung der Formen.

Die Grabdenkmallieferanten haben nun vor 1½ Jahren aus München eine gute Anregung erhalten. Die dortigen Meister hatten sehr oft die Entwürfe tüchtiger Architekten auszuführen, und durch die Herstellung dieser Arbeiten, welche der Architekt zuvor mustergeräufig geistig durchgearbeitet hatte, profitierte in direkter Weise der Steinmetzmeister selbst. Und das war recht so. Weiter nahmen in München einige tüchtige Künstler den Kampf auf, aus den Friedhöfen die Fabrikware zu verdrängen, insbesondere des schwarzen schwedischen Materials. Einen ästhetischen Genuß bereitet der Anblick solcher Denkmäler sicherlich nicht.

Vor hundert Jahren hatten unsere Meister noch mehr Energie zu selbständigem Schaffen. Geschliffene und polierte Arbeiten mit der schematischen Profilierung liebten unsere Altordern nicht im geringsten. Die nämliche Gleichförmigkeit, wie mit dem schwedischen Material, finden wir auch mit den Marmorarten. Nichts als Einförmigkeit, welche mit der Pietät, die wir unsern Toten entgegenbringen, absolut nicht in Einklang zu bringen ist.

Führende Künstler in München brachten es zuwege, daß dort ein Waldriedhof geschaffen wurde; in dem geschliffene und polierte Arbeiten ohne weiteres ausgeschlossen wurden. Das wirkte. In andern Städten drang man auf Nachbildung hin, und so sehen wir, daß die kurze Spanne Zeit genügt, um anregend auf die Grabdenkmallieferanten zu wirken. — Die Firma Thust in Gnadensried gab soeben einen Katalog heraus, in dem die neuere Richtung lobenswerte Berücksichtigung fand. Einige Monumente weisen allerdings noch eine ungenügende künstlerische Durchbildung auf. Aber der Anfang beim Fabrikanten ist gemacht, und das ist etwas wert.

Der neue Denkmalstil zeigt an den Objekten selbst mehr größere Flächen, die Profilierung mit den vielen Gesimsgliedern ist völlig verschwunden. Auch die aufgesetzten Kreuze fehlen. Die Kreuzbildung, welche nach unserer Meinung an einem Grabdenkmal nicht absolut nötig ist, fehlt allerdings auch in der neueren Richtung nicht. Der Unterschied gegenüber der bisherigen Gepflogenheit ist der, daß das Kreuz in das Kernstück des Denkmals direkt hineingearbeitet ist. Bei Anwendung dieser Methode sind unzählige künstlerische Variationen möglich. Die Friedhofsarchitektur hat weiten Spielraum in künstlerischem Schaffen.

Wir können einen solchen Umschwung in der Grabdenkmalarbeit nur begrüßen. Bisher waren ja die Denkmäler nichts anderes, als ein reiner Handelsartikel der Granitwerke, die Maschine hatte den Löwenanteil an der ganzen Bearbeitung. Die Arbeit des Steinmetzen, auch wenn sie noch so exakt war, kann niemals zur vollen Geltung, weil die „Ware“ vollkommen erst durch die Schleif- und Polierarbeit fertiggestellt werden mußte. Wir haben bei dieser Betrachtung besonders das schwarze schwedische Material im Auge.

Die Denkmalarbeit wurde bisher „künstlerisch“ in der Schleiferei vollendet. Schon dieses Novum allein ist bezeichnend, wie anspruchlos das laufende Publikum war. Und wie ist es mit der Herstellung der Inschriften bestellt? Die kunstsinig Hand des Schriftstellers ist jetzt entbehrlich, seine Pierschriften sind überflüssig geworden. Die Schrift wird auf Papier gezeichnet, ausgehauen, auf die Steinfläche geleimt, und dann tritt der neueste Schriftstauer, der Sandstrahlblasapparat, in Funktion. Eine Stunde Maschinenarbeit, und die Inschrift ist fertig geblasen. Dr. Grolmann-Wiesbaden hat recht, wenn er sagt: „Die Schrift, einst der vornehmste Schmuck des Grabmals, ist in diesen Händen zu einem leblosen Schema erstarrt.“ Es gibt nicht Monotoneres, als diese Fabrik-Schrift.

In den Kreisen der Steinarbeiter selbst wird man den Umschwung in der architektonischen Behandlung der Denkmalarbeit nur begrüßen können. Diese Neuerung kann uns nur nützen; sie bringt dem Steinmetzen mehr und bessere Arbeit.

stellt werden, sehr wenig berücksichtigt wird, weil ihr auf der andern Seite von den Scharmachern und Selbstverwaltungsförtern sehr auf die Finger gesehen wird. Vor kurzem erst hat ja der Verein deutscher Arbeitgeberverbände ein „sozialpolitisches Programm“ aufgestellt, in welchem die Reformfähigkeit klipp und klar zum Ausdruck gebracht wird. Dieses „Programm“ hat der nationalliberale Abgeordnete Ment-Altona begründet, und es genügt dieser Hinweis, um anzudeuten, daß es von scharfmacherischem Geiste genügend durchweht ist.

Ein sehr großer und wichtiger Zweig in der Arbeiterversicherung ist die Krankenversicherung. Die Arbeiter, oder, besser gesagt, die Versicherten haben ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß alles das, was ihnen durch das Gesetz geboten wird, wie die Selbstverwaltung, Unterstützungen usw., nicht geschwächt oder gar illusorisch gemacht wird. Ein sehr ungeliebter Zustand jedoch ist die Dezentralisation in der Krankenversicherung, durch welche die Versicherten zu einem sehr großen Teile in kleinere Kassen, die nur die Mindestleistungen gewähren können, gedrängt werden. Wie nun die Zersplitterung in der Krankenversicherung aussieht, zeigt folgende kleine Tabelle:

Im Jahre 1907 waren im Deutschen Reich zu verzeichnen:		
8 290 Gemeindekrankenstellen	mit	1 564 756 Mitgliedern
4 757 Ortskrankenstellen	„	6 594 108 „
7 914 Betriebs- (Fabrik-) Kassen	„	3 156 221 „
41 Baukrankenstellen	„	19 697 „
761 Innunastellen	„	264 604 „
1 318 Eingeschriebene Hilfsstellen	„	903 560 „
151 Landesrechtliche	„	36 020 „
23 282 Krankenkassen mit 12 138 966 Mitgliedern		

Dieser Zersplitterung müßte endlich die Regierung ein halt gebieten. Durch das Gesetz müßten alle die Gemeinde-, Betriebs- und Innungskrankenkassen beseitigt werden. Denn wie sieht es denn oft in den kleinen Betriebskrankenkassen aus? Hohe Beiträge und niedrige Leistungen. Vorwiegend ist stets der Arbeitgeber oder ein von ihm bestimmter Vertreter, und geht oft unter solchen Umständen das höchste Selbstverwaltungsrecht zum Teufel. Hier ein Beispiel: Im Striegauer Steinbruchgebiet hatten vor Jahresfrist die Mitglieder einer kleineren Betriebskrankenkasse 9 Wochen vor Stattfinden der Generalversammlung beim Vorstand der Kasse schriftlich beantragt, die Zentralisationsfrage der Betriebskassen auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu setzen. In der Vorstandssitzung erklärte nun der Vertreter der Firma, daß er diese Frage nicht auf die Tagesordnung setzen werde, und er handelte auch trotz des Widerspruches der Arbeitnehmer demgemäß. In der Generalversammlung bedurfte es erst der weitgehendsten Obstruktion, bis der Vorsitzende erklärte, „Na, dann können Sie es ja meinetwegen im Punkt Verschiedenes behandeln.“ Es könnten noch eine Anzahl anderer Fälle angeführt werden, die sehr deutlich zeigte, wie es in den Betriebskrankenkassen oft zugeht.

Nun zu den Leistungen dieser Kassen. Die Mitglieder dieser Kassen können fast gar nicht in den Genuß der Mehrleistungen, die im § 21 des Krankenversicherungsgesetzes festgelegt sind, kommen. Es seien hier die hauptsächlichsten Mehrleistungen, die auch nach dem Gesetz die Betriebskrankenkassen gewähren können, angeführt: Die Dauer der Krankenunterstützung kann bis zu einem Jahre ausgedehnt werden. Das Krankengeld kann auf einen höheren Betrag, und zwar bis zu drei Vierteln des durchschnittlichen Tagelohnes, festgesetzt werden. Neben freier Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus kann, falls der Untergetragene Angehörige hat, deren Unterhalt bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten wurde, ein Krankengeld bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes bewilligt werden. Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel können für erkrankte Familienangehörige der Kassenmitglieder, sofern sie nicht selbst dem Krankenversicherungszwange unterliegen, auf besonderen Antrag oder allgemein gewährt werden.

Von all diesen Mehrleistungen finden wir in den Statuten der Betriebskrankenkassen nur selten etwas, und wird es auch immer erst einen Kampf mit dem Unternehmer kosten, die Leistungen zu erhöhen oder zu erweitern. Darum müssen die Arbeiter das lebhafteste Interesse dahin bekunden, daß mit dieser Kleinräumigkeit endlich aufgeräumt wird und leistungsfähigere, größere Kassen gebildet werden. Die Unternehmer sträuben sich heftig dagegen, aber das darf uns nicht abhalten, immer eindringlicher den Gedanken der Zentralisation zu propagieren. Oft wird uns entgegengehalten, daß so und so viel an Verwaltungskosten zu zahlen wäre; aber daß trotzdem die großen Ortskrankenstellen, wie in Leipzig, Dresden, Chemnitz usw., sehr gut florieren, wird uns nicht gesagt. Der Scharmacher Ment-Altona rief: Grundet Betriebskrankenkassen! Wir aber rufen: Bildet Ortskrankenstellen! g. m.

Privatrechtliche Wirkung der Tarifverträge.

In der Nummer 3 des „Steinarbeiter“ nahmen wir auf das kürzlich gefällte eigenartige Hamburger Urteil in Sachen Tarifstreitigkeiten Stellung. Nun kam uns ein entgegen gesetztes Urteil in gleicher Streitfrage zu Gesicht, welches wir vollinhaltlich abdrucken. Das Urteil ist im letzten Jahresbericht des Mannheimer Arbeiterssekretariats veröffentlicht und kommt uns gerade jetzt sehr gelegen. Der Sachverhalt der Klage ist folgender:

„Der Kläger erhob Klage auf Bezahlung eines ortsüblichen Tagelohns für eine Woche gemäß § 124 b der Gewerbeordnung, indem er vortrug, er sei bei der Beklagten als Dachbedergerhilfe in Arbeit gestanden. Nach dem Tarifvertrag gelte dreitägige Kündigungsfrist, die nur Donnerstags zulässig sei. Am Montag, den 31. August, sei er von der Beklagten entlassen worden.“

Die Beklagte beantragte kostenfällige Abweisung, indem sie behauptete, sie habe den Tarif allerdings in ihrem Betriebe ausüben gehabt, den § 11 aber, der von der Kündigung handle, ausgeführt. Da der Kläger keinen Widerspruch erhob, sei sie der Ansicht, daß er sein Einverständnis damit erklärt habe.

Das Gericht hält dieses Handeln der Beklagten nicht für rechtmäßig. Es geht bei seiner Auffassung davon aus, daß ein Tarifvertrag zu dem Zweck geschlossen wird, für die Arbeitsverhältnisse zwischen den Tarifvereinigungen angehörigenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf die im Tarif bestimmte Dauer eine einheitliche Regelung zu treffen. Das Gericht vertretet nicht, daß bei dem heutigen Stand der Gesetzgebung eine befriedigende Lösung der Frage des Tarifvertrages nicht gegeben ist. Doch würden die durch den Tarifvertrag geschaffenen Vorteile — wie namentlich einerseits die Sicherstellung des Arbeiters auch für Zeiten schlechter Konjunkturen — und andererseits die Sicherheit des Arbeitgebers im Kalkulieren seiner Preise, soweit der Produktionsfaktor Arbeitskraft in Betracht kommt, — dann illusorisch werden, wenn es jedem der Tarifvereinigungen angehörigenden Arbeitgeber frei stünde, trotzdem die Tarifvereinigung den Tarifvertrag auch für ihn als Mitglied unterschrieben hat, den Tarifvertrag oder einzelne ihm nicht

passende Bestimmungen wieder zu streichen oder durch private Vereinbarungen mit seinen Arbeitern auszufüllen.

Der Fortschritt der tariflichen Vereinbarungen liegt ja gerade darin, daß nicht der einzelne Arbeiter mit einem einzelnen Arbeitgeber die Bestimmungen des Vertrages festsetzt, wobei belanlich die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse ungleich verteilt sind, sondern daß die Organisationen, starke und daher im wesentlichen nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich gleiche Kontrahenten, die Bestimmungen des Arbeitsvertrages vereinbaren.

Als Zweck eines Tarifvertrages kann daher bezeichnet werden, daß er für die Dauer seiner Gültigkeit unter den den vertragschließenden Vereinigungen angehörigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht nur einheitliche, sondern auch bindende Vertragsbestimmungen treffen soll, mit andern Worten, daß seine beliebige Aenderung durch einzelne Mitglieder im Wege der Privatvereinbarung unzulässig ist. Wie bei einer einzelnen Bestimmung des Gesetzbuches in Hinblick auf ihren Zweck gefragt werden muß, ob sie eine zwingende oder Privatvereinbarung unterliegende ist, so auch nach der Ansicht des Gerichts bei den Bestimmungen eines Tarifvertrages, der einem Gesetz an Bedeutung nahe kommt.

Bei dieser Beurteilung hielt das Gericht die Abänderung der Kündigungsbestimmungen durch die Beklagte für unzulässig und daher nach § 124 b der Gewerbeordnung für ausreichend zu ihrer Verurteilung nach dem Antrage des Klägers.“

Dieses Urteil ist nach unserer Meinung vollständig korrekt. Das Mannheimer Gewerbegericht hat somit mit Recht den Standpunkt vertreten, daß der Unternehmerkontrahent nicht nach Belieben die tariflichen Bestimmungen außer Kurs setzen kann.

Hierdurch ist den Tarifverträgen im gewissen Sinne eine gesetzliche Sanktion erteilt. Das ist gut so, im Interesse der immer noch im Vordergrund des wirtschaftlichen Kampfes stehenden Frage der Tarifgemeinschaften. Weil aber die Ansicht über die rechtliche Stellung der Tarifverträge zurzeit noch eine geteilte ist, weil weiter als nicht ausgeschlossen gilt, daß das eventuelle Berufungsgericht diese Entscheidung aufhebt, nach Lage des Gesetzes schließlich aufheben muß, so ist es um so notwendiger. Die Arbeiterorganisationen beugen derartigen Eventualitäten dadurch vor, daß sie die Tarifverträge hiezu und stichfest abschließen, das heißt, daß Klauseln in die Tarife aufgenommen werden, die die Ungültigkeit etwaiger Sonderabmachungen von vornherein festlegen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Rückschlag für Seeschifffahrt und Schiffsbau in England und Deutschland. — Aus- und Rückwanderung. — Außenhandel.

Seeschifffahrt und Schiffsbau sind zwei internationale Unternehmungsweige, die mit am stärksten unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Rückschlag leiden.

Für England, das hier noch immer alle andern Staaten weit überflügelt, liegen soeben die Jahresübersichten von John White, von S. E. Mosby u. Co. und einige andre, mehr statistische Berichte vor. „Die letzte Depression“, lesen wir in dem „Steamship Circular“ von Mosby u. Co., „übersteigt alles Gedachte; Dampfer, die kaum ein paar Jahre alt sind, wurden zu etwa der Hälfte ihres Ursprungswertes verkauft, während neue Schiffe nur mit beträchtlichem Verlust von ihren Eigentümern weiterveräußert werden können. Der Markt für schon in Dienst gewesene Fahrzeuge ist überfüllt und es finden sich nur wenige Abnehmer. Neue Dampfer von 6000 Tons totem Gewicht, die vor wenigen Jahren mit 48 000 bis 50 000 Pfund Sterling verkauft wurden, sind heute für 33 000 Pfund Sterling herzusetzen und entsprechend die andern Schiffstypen. Den Werften und Maschinenbauanstalten fehlt es an Aufträgen; oft bieten sie den Bau neuer Tonnage zu Preisen an, die hinter den tatsächlichen Kosten zurückbleiben, nur um ihre Betriebe in Gang zu erhalten. Die Preise für neue Dampfer standen niemals niedriger.“ Weiter wird jedoch darauf hingewiesen, daß gerade dadurch kapitalkräftig gebliebene Reeder, die jetzt zu abnorm niedrigen Kosten modernstes Schiffsmaterial zu erwerben imstande sind, später gegen alte und minder leistungsfähige Fahrzeuge einen um so gefährlicheren Wettbewerb eröffnen werden. Nach John White haben die britischen Werften seit 20 Jahren, mit einziger Ausnahme des Jahres 1893, keine so niedrige Bauziffer aufgewiesen. Schon 1907 war hier ein Rückgangsjahr, vor allem in der zweiten Hälfte. Aber Ende September 1908 waren im Vereinigten Königreich, von Kriegsschiffen abgesehen, vollends nur 319 Schiffe von etwa 733 000 Großtons im Werden, gegen 450 Schiffe mit 1 080 000 Tons zu derselben Zeit des Vorjahres — ferner Ende Dezember 1908 360 Schiffe mit 764 520 Tons gegenüber 433 Schiffen mit 948 830 Tons Ende 1907.

Ähnlich lautet das Urteil der Hamburger Handelskammer über Deutschland. Durch das Stoden des internationalen Warenverkehrs hätten die Frachttarife „einen seltenen Tiefstand“ erreicht und „ein erheblicher Teil der Tonnage keine Beschäftigung zu finden“ vermocht. Dabei seien die Kohlenpreise auf Grund der bestehenden Lieferungsverträge noch immer fortgesetzt hoch geblieben. „Viele Reeder gingen unter diesen Umständen dazu über, Schiffe aufzuliegen, ohne daß indessen eine Steigerung der Frachten zu erzielen war. Die ungünstige Lage, in welcher sich das Frachtengeschäft auf den meisten Routen infolge des starken Rückgangs des Warenverkehrs befand, lastete auch auf den Linienreedereien schwer. Nur in den letzten Monaten des Jahres schienen, wenigstens im ausgehenden Verkehr, die Verhältnisse sich wieder etwas bessern zu wollen, während heimkehrend die Schiffe meist noch ungenügende Beschäftigung fanden. Nicht minder unerfreulich als im Frachtverkehr lagen die Verhältnisse im Passagiergeschäft. Zwar hatte der Stillstand des Geschäftszustandes in den Vereinigten Staaten, der zahlreiche Arbeitskräfte drüben beschäftigungslos machte, eine starke Rückwanderung nach Europa zur Folge, die anfangs heftig einsetzte, aber im Laufe des Frühjahrs halb abflaute. Die Beförderung dieser Rückwanderer vermochte aber die Reedereien nicht zu entschädigen für den starken Ausfall, welchen der Auswandererverkehr aufzuweisen hatte. . . . Auch das Kajütepassagiergeschäft hatte eine empfindliche Einbuße zu verzeichnen. . . . Nicht minder lastete die Ungunst der Verhältnisse auf den in freier Fahrt beschäftigten Dampfern. Ueberall, wo Nachfrage nach Schiffsräumen zu erwarten war, häufte sich das Angebot so übermäßig, daß sich der Frachtenmarkt nirgends zu erhellen vermochte.“

Wie gewöhnlich in kritischen Zeiten, so brach auch diesmal ein Teil der ungenügend beschäftigten Trampdampfer mit um so größerer Wucht in dasjenige Gebiet ein, das sich sonst die Segelschiffahrt noch immer zu halten und mitunter sogar neuzuschaffen gewußt hat: „Viele Segler mußten vom pazifischen Nordamerika in Ballast oder mit niedrigen Holzfrachten versegeln, da ein großer Teil des Getreides mit Dampfern, und zwar zu niedrigeren Frachttarifen als den von der internationalen Segler-Union festgelegten, zur Verschiffung gelangte. Auch der Salpetermarkt lag mit Ausnahme weniger Monate sehr danieder. Etwas günstiger gestalteten sich die Verhältnisse auf dem australischen Frachtenmarkt, doch macht sich auch dort der Wett-

Verkehr der Trampdampfer recht flüchtig. In Großbritannien schritt eine große Anzahl Reedereien dazu, ihre Segelschiffe abzugeben, und zwar zu sehr niedrigen Preisen. Die Ausflücht für die nächste Zukunft sind nicht ermutigend.

Den tollsten Umschlag erlebte 1908 der transatlantische Passagiertransport. Seit vielen Jahren überstieg zum erstenmal der ostwärts von Amerika nach Europa gerichtete Menschenstrom die umgekehrte Bewegung, die wir früher allein als Auswanderung angesehen gemohnt waren. 859 481 Passagiere verließen die Westküste Nordamerikas, nur 670 680 Personen kamen von Europa nach Amerika. Der große Exodus (Auszug) der ausländischen Arbeitermassen, der gegen Ende 1907, ein paar Monate nach dem Oktoberzusammenbruch der amerikanischen Börsen und Banken begann, kennzeichnet also noch ganz überwiegend das Jahr 1908, obwohl gegen den Jahresabschluss hin eine allmähliche Verübung eintrat und sogar eine Wandlung zum dauernden Wiederüberwiegen der Einwanderung sich vorbereitete. Das Verlustkonto des Jahres 1908, mit nicht weniger wie 138 801 Personen, wird für Amerika wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus beispiellos bleiben.

Für den deutschen Waren-Außenhandel liegen die abschließenden Jahresziffern noch nicht vor, wenigstens nicht so weit, um die den Seeweg und damit die Seeschiffahrt benutzenden Warenausfuhren und Einfuhren aussondern zu können. Im britischen Inselreich dagegen ist aller Import und Export auf die Meeresstraße und den Schifftransport angewiesen; wir gewinnen hier also ein greifbares Bild der Transporteinschränkung für die Kauffahrteiflotte. Dem Werte nach betragen im Jahre 1908 die britischen Einfuhren 593,14 Millionen Pfund Sterling, oder 52,67 Millionen Pfund Sterling, gleich 8,2 Proz., weniger wie 1907 — die Ausfuhren 877,22 Millionen Pfund Sterling, oder 48,82 Millionen Pfund Sterling, gleich 11,5 Prozent, weniger wie im Vorjahre — endlich die Wiederausfuhren des englischen Verrittelungs-handels 79,67 Millionen Pfund Sterling, oder 12,28 Millionen Pfund Sterling, gleich 13,4 Proz., weniger wie 1907. Die im Außenhandel eingetragenen Warenmassen sind allerdings bei weitem nicht derart zusammengepackt, wie, infolge der sinkenden Preise, die berechneten Warenwerte. Dagegen muß der Eindruck auf die Schiffahrt, schon von diesem einen Zentrallande aus, ein ganz gewaltiger gewesen sein.

Es ist daher verständlich, daß selbst da, wo den Reedern vorübergehend bessere Chancen zu winken schienen, eine wilde Neberkonkurrenz sofort entstand und alle Gewinnsaussichten im Sande drehen wieder herunterdrückte. Dies geschah beispielsweise, als die mageren Ernten in den meisten Ländern Europas eine außergewöhnlich große Kornzufuhr aus Argentinien erwarteten ließen, dessen Ernte umgekehrt außerordentlich glänzend ausgefallen sein sollte. Diese günstige Frachtkonjunktur brach vollkommen zusammen, weil der angebotene Frachtraum von vornherein den Bedarf weit überstiegen. Eine internationale Vereinigung der Trampreedereien vereinbarte, um dem Sturz der Transportpreise Einhalt zu gebieten, Minimalfrachten für die Seefahrt von La Plata. Aber es war den Getreideexporteuren ein leichtes, Außenflüter aufzutreiben, die jederzeit zu geringeren Preisen die Transporte übernahmen. Die Vereinbarung scheiterte somit.

Der Seeschiffahrt geht es in guten Zeiten ähnlich wie der Kohlenproduktion. Sie bildet eine Art einheitlichen Brennpunktes für die strahlenartig zusammenlaufenden Bedarfsvermehrungen aus den verschiedensten Wirtschaftsgewebten. Jede internationale Wirtschaftsbelebung spiegelt sich mit in erster Linie in dem regeren ozeanischen Verkehr wieder, der die moderne Zeit mehr und mehr auszeichnet vor der Vergangenheit mit ihrem viel ausschließlicheren Land- und Binnentransport. Die Vermehrung des Schiffsraumes nimmt alsdann in der Hochkonjunkturperiode gewöhnlich einen jähen Aufschwung, der mitunter noch gefördert wird durch nationalpolitische Rivalitäten und durch künstliche Staatseingriffe, wie sie in anderen Erwerbszweigen meist viel mehr zurücktreten. Umgekehrt ist alsdann der Abstieg in Reederei und Schiffsbau zeitweilig heftiger als in den meisten andern Anlagegebieten des Kapitals.

Berlin, 17. Januar 1909. Mar Schippel.

Der Streik und seine Folgen.

Daß zum Eintritt in eine Lohnbewegung resp. Streik neben einer guten Vorbereitung und gutem Geschäftsgang, eine gut organisierte und disziplinierte Kollegenchaft gehört, ist an dieser Stelle schon des öfteren gesagt. Dennoch ist es schwer, Streiks immer siegreich zu Ende zu führen. Handelt es sich um einen großen Betrieb, so wird mit Aussperrung auch anderer Arbeiter gebroht; betrifft es einen kleinen Unternehmer, so geduldet sich die Kundschafft, wenn sie hört, daß gestreikt wird, es geht ja gegen die Arbeiter.

Was nun aber, trotz Erfüllung aller obigen Vorbedingungen, für Folgen eintreten können, abgesehen von einer Niederlage, soll hier mit einigen Worten gekennzeichnet werden. Eine alte gut fundierte Bahnhofsstelle tritt nach langen Vorbereitungen in eine Lohnbewegung ein. Die gestellten Forderungen auf Beseitigung arger Mißstände und eines einheitlichen Stundenlohns erscheinen im ersten Augenblick etwas hoch zu sein, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß bei jeder Forderung gehandelt wird. Wenn die Kollegen nun auch mit der teilweisen Ablehnung ihrer Forderungen rechnen, so doch nicht mit der Ablehnung jeder Verhandlung. Als solcher Beschluß von den Arbeitgebern eintrat, trat man einmütig in den Streik. Die Kollegen halten nun alle treu und tapfer zusammen, ein jeder tut seine Schuldigkeit, kein Streikbrecher findet sich aus ihren Reihen. Trotzdem zieht sich der Streik in die Länge. Die von den Kollegen versuchten Einigungs-verhandlungen scheitern an dem Widerstand der Arbeitgeber. Endlich kommt es zu einer Verhandlung. Die gemachten Zugeständnisse sind aber so minimal, daß dieselben abgelehnt werden und einstimmig beschlossen wird, weiterzustreiken. Es vergehen nun wieder einige Wochen und hiermit kommt man dem Zeitpunkt näher, wo die Hochsaison ihrem Ende zuneigt. Die Kollegen müssen damit rechnen, daß es dann den Arbeitgebern leichter wird, Arbeitswillige, die bisher immer noch ferngehalten wurden, heranzuziehen. Es wird nun nochmals schriftlich versucht, die Zugeständnisse etwas auszubessern. Dieses geschieht mit einem geringen Erfolg. Hierauf wird beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit aufzunehmen, allerdings nicht mehr einmütig, so daß einige Kollegen, mit diesem Erfolg unzufrieden, die Arbeit nicht aufnehmen. Daß der Zeitpunkt des Abbruchs aber der richtige ist, wird dadurch bewiesen, daß schon Streikbrecher zu dieser Zeit angelockt und zugereist waren. Wenn es nun auch gelingt, im Laufe der Zeit diese Elemente wieder loszuwerden, so ist doch eine Stimmung unter den Kollegen, die keine gesunden Verhältnisse kennzeichnen. So auch bei den Arbeitgebern. Diese bekämpfen sich jetzt bei den Submissionen wieder mit den verwerflichsten Mitteln. Auch die Kollegen lassen es nach diesem unbefriedigten Ausgang des Streiks oftmals an Idealismus und Solidarität fehlen, an diese Stelle tritt nun der krasse Egoismus. Zu diesen Zuständen kommen nun schlechter Geschäftsgang, Arbeitslosigkeit und Krankheit. Die Bahnhofsstelle verliert an Festigkeit, die Beitragsleistung geht nicht glatt vonstatten, kurzum es haben, wenn auch keine großen äußerlichen, so doch innerliche Schwädigungen stattgefunden, wo keine Pflasterchen helfen, sondern wo glücklich operiert werden muß, um den alten gesunden Zustand wieder herzustellen.

Dieses kann, wie schon oben angeführt, in einer alten Bahnhofsstelle, wo alle Kollegen organisiert sind, vorkommen. Wie notwendig muß man da erst in einer neugegründeten Bahnhofsstelle sein, um unter den heutigen Verhältnissen eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

Solche unerfreulichen Ereignisse dürfen nun nicht eintreten, wenn eine Lohnbewegung nicht zur Zufriedenheit aller Kollegen geendet hat. Denn gerade darin liegt ja die Stärke einer örtlichen Organisation, daß die Kollegen nach solchem Ausfall sich desto enger zusammenschließen, um mit den gemachten Erfahrungen zu einem späteren Kampf fest gerüstet dazustehen.

Ich habe die Meinung, daß es manchmal besser ist, einen Streik eher abzugeben, als zu warten, bis die Uneinigkeit unter den kämpfenden zutage tritt. Es ist keine Kunst, einfach weiterzustreiken. Um diese Taktik einzuschlagen, braucht man kein großer Strategie zu sein. Mehr Einsicht ist erforderlich, beim richtigen Zeitpunkt abzubrechen, auch wenn zunächst die Kollegen nicht einverstanden sein sollten. Aber sie müssen zu dieser Erkenntnis gebracht werden. Ueber die Streiktaktik im allgemeinen enthalten die gehaltenen Referate auf den Verbandstagen in Erfurt, Nürnberg und Rassel so viele gute Fingerzeige, daß die Kollegen gut tun, einen Blick in die Protokolle zu werfen.

Alkoholbekämpfung im Steinarbeiterverband.

Wenn die letzten Nummern des „Steinarbeiters“ aufmerksam von Leuten gelesen wurden, die unser Bewegung fernstehen, so wird wohl mancher zu dem Glauben gekommen sein, daß bei unsern Verbandsmitgliedern der Alkoholgenuss eine sehr große Rolle spielt. Ich möchte nun einmal das Wort ergreifen, im Interesse derjenigen, die auch mäßig sein können im Genießen, ohne dabei gänzliche Enthaltensamkeit zu üben. Um Trugschlüssen vorzubeugen, erkläre ich im voraus, daß ich durchaus nicht beabsichtige, den unmäßigen Alkoholgenuss zu vertheidigen. Einem großen Teil der Kollegen bin ich in fast allen Gauen persönlich bekannt, und brauche ich deshalb wohl nicht erst zu betonen, daß ich „natürlich nie ein Trunkenbold war“. — In seinem Artikel in Nr. 50 1908 hat der Kollege Müller vollständig recht; wenn er anführt, daß es besser wäre, wenn der Alkoholgenuss in Versammlungen, namentlich in größeren, ausgeschlossen würde. Ob wir aber dann in jedem Falle mit unsern Beschlüssen das richtige treffen würden, steht auch noch dahin. Der Kollege Müller kommt weiter auf den Fall Langensalza. Er nimmt an, daß die Kollegen dort im Mann des Alkohols zu radikal gehandelt haben, so daß die Zentrale abwinken mußte. Weiter unten aber in dem Artikel heißt es wörtlich: „Der Arbeiter, der diesem Teufel (Alkohol) verfallen ist, liebt keine Zeitung, besucht sehr ungern eine Versammlung, kümmert sich nicht darum, was in der Welt passiert. — Ihm ist alles egal; er ist ein Arbeitstier. Er ist der Arbeiter, der mit wenig Lohn zufrieden ist, der solange wie möglich arbeitet und der sich von seinem Arbeitgeber die gemeinsten Schimpfworte gefallen läßt, ohne zu mühen.“

Dies letztere mag teilweise richtig sein, paßt aber in der Logik schlecht mit dem zusammen, was der Kollege Müller über Langensalza schreibt. Müller schreibt ferner, daß viele Versammlungen schlecht besucht seien, weil dort Trinkzwang herrsche und viele der Versammlung fernbleiben, weil sie kein Geld zum Vertrinken haben. Von einem „Trinkzwang“ kann wohl nicht geredet werden, und glaube ich auch nicht, daß ein heroischer Mut dazu gehört, in einer Versammlung einem Kellner zu sagen: Ich trinke nichts. Warum auch ich den Alkohol aus größeren Versammlungen verbannt sehen möchte, liegt weniger an der Geldfrage, sondern hauptsächlich an der Störung, die durch die Bedienung verursacht wird. Da nun einmal die Geldfrage angeschnitten ist, möchte ich dabei auf eine andre Art der Enthaltensamkeit eingehen, das — Rauchen. Wer will behaupten, daß das Rauchen nicht auch eine Unsitte, und in gewissem Sinne auch Veranlassungsmittel ist? Während nun beim Trinken (soweit es sich um Bier handelt) immerhin noch der Durst vorgeführt werden kann, so fehlt doch beim Rauchen jede Begründung. Dabei gibt es aber viele Abstinenzten, die da qualmen, wie ein Bauer der Kaiserklasse und dafür und oft mehr Geld zu diesem Zwecke ausgeben, wie einer, der dem Gott Gumbrius huldigt. Der Kollege Müller schreibt weiter, daß die Wissenschaft lehrt, daß auch das geringste Quantum Alkohol das Gehirn ungünstig beeinflusst. Wenn damit gesagt sein soll, daß alle diejenigen, die sich noch keinem Abstinenzverein angeschlossen haben, geistig minderwertig sind, so ist dies wohl doch etwas gewagt. Andererseits gibt es auch bedeutende Gelehrte, die nachweisen, daß ein mäßiger Alkoholgenuss dem gesunden Menschen nicht schadet. Auch die Geschichte ist reich an geistig großen Männern, die keine Abstinenzten waren. Damit will ich nun nicht beweisen, daß jemand Alkohol trinken muß, um Gutes zu leisten und auch ich erkenne einwandsfrei an, daß der übermäßige Alkoholgenuss nicht nur den Geist, sondern auch den Körper schädigt. — Nun zu dem Artikel des Kollegen Fied, derselbe ist überschrieben: Ein Selbstbekenntnis. Von sich selbst bekennt aber der Verfasser darin sehr wenig, aber doch meist Lobenswertes, gleich darauf aber schreibt er allerhand Böses von — andern. Ich teile ganz die Meinung des Kollegen Fied, wenn er ausführt, daß der Genosse Wurm in seiner Rede über Alkohol und Sozialdemokratie vollständig recht hat. Namentlich hat der Genosse Wurm auch recht, wenn er sagt, daß derjenige, welcher im Genießen nicht Maß halten kann, gut tut, völlige Enthaltensamkeit zu üben, wer aber Charakterfestigkeit genug besitzt, im Trinken mäßig zu sein, der kommt auch ohne gänzliche Enthaltensamkeit aus. Was in dem Artikel betreffs Streiks ausgeführt ist, so glaube ich, daß der Abstinenzten die Streikunterstützung ebenso notwendig brauchen wird, wie der Nicht-Abstinenzten, auch glaube ich nicht, daß letztere bei jeder Gelegenheit mit Streikbruch drohen. Ohne etwa damit die Abstinenzbewegung an sich angreifen oder verkleinern zu wollen, erwähne ich hier nebenbei, daß auch ich bereits beobachtet konnte, wie zwei strikte Abstinenzten im traulichsten Verein, mit drei schweren Alkoholikern Streikbrecherdienste leisteten. — Im Streiklokal keinen Alkohol verabfolgen zu lassen, wird wohl auch jetzt schon vielfach befolgt. Auf dem Lande ist ja oft überhaupt kein Streiklokal in einem Gasthaus zu haben. — Wenn weiter behauptet wird, daß unsere Kollegen alle taktischen Maßnahmen sachlicher prüfen würden, wenn immer die Nüchternheit zu Hause wäre, so ist dies doch wohl etwas übers Ziel hinausgeschossen. Es besagt dies doch, daß alle Maßnahmen nicht mit der genügenden Sachlichkeit behandelt und viele oder manche im Rausch beschlossen werden. Wäre dies der Fall, so möchte auch ich mit Kollegen Müller ausrufen: „Dann aber, Steinarbeiterverband!“ — Weiter ist in dem Artikel gesagt, daß die meisten Streikbrecher aus Gegenden kommen, wo der Fusel noch zu Hause ist. Dies ist ganz richtig, aber man muß auch die Ursachen betrachten, warum dies so ist. Zumeist sind die Arbeiter in solchen Gegenden unorganisiert. Würde man dort für einen Abstinenzverein agitieren, so würde man wohl wenig Erfolg erzielen. Ist es aber gelungen, diese Leute der gewerkschaftlichen und womöglich auch politischen Organisation zuzuführen, so wird der Fuselgenuss sehr bald bedeutend nachlassen, auch zu Streikbrechern werden sich die Kollegen nicht mehr hergeben. In solchen rückständigen Gegenden zu arbeiten, Aufklärung zu verbreiten und Erfolge erzielen, erfordert aber mehr Opferwilligkeit und ist auch schwieriger, als wie Kollegen im „Steinarbeiter“, „Suffköpfe“ zu titulieren und seit dem Essener Parteitag Abstinenzten zu sein. — Daß ein nüchterner Arbeiterstamm von den Unternehmern und Polieren auch respektiert wird, hat seine Wichtigkeit. Das Wort „nüchterner“ ist aber bei mir nicht gleichbedeutend mit Abstinenz, da auch ich mich bis dato zu den nüchternen Arbeitern gerechnet habe. Als solcher fiel mir schon oft die wenig beneidenswerte Aufgabe zu, in Kommissionen mit den Unternehmern zu verhandeln. Ich weiß aber keinen Fall,

wo ein Unternehmer Grund gehabt hätte, sich über die Nüchternheit des einen oder andern Kommissionsmitglieds zu beschweren, glaube aber dem Kollegen Fied gern, daß dies irgendwo vorgekommen sein mag. Ausgeschlossen ist deshalb nicht, daß mancher Unternehmer auch dann an irgendeinem Kommissionsmitglied etwas auszusetzen finden würde, wenn diese auch alle taktische Abstinenzten wären. Ist es doch schon vorgekommen, daß ein findiger Unternehmer ein Kommissionsmitglied ablehnte, weil dieses mit seinen Kommunalsteuern im Rückstand war. Persönlich will ich hierbei bemerken, daß mir gerade diese Kommissionsstätigkeit nicht immer nur Respekt, sondern von manchem rückständigen Unternehmer auch noch ein gut Teil Haß eingetragen hat. — Daß sich unser Verband große Verdienste um die Bekämpfung des Alkohols erworben hat, steht zweifellos fest. In der Hauptsache beruhen diese Verdienste darin, daß der Verband bemüht war, die Ursachen zu beseitigen, welche die Kollegen zum übermäßigen Alkoholgenuss vielfach geradezu reizten. Auf diese Ursachen geht leider weder der Kollege Fied, noch Müller ein. Da sind z. B. schlechte Wohnungsverhältnisse, namentlich auf dem Lande, schlechte Betriebseinrichtungen, schlechte Aufenthaltsräume, das Fehlen von Vorrichtungen zum Kochen oder Wärmen von Speisen, Fehlen von Trinkwasser u. a. m. Um die Beseitigung dieser Mißstände haben sich jedenfalls auch manche Kollegen bemüht, die im Artikel des Kollegen Fied mit dem Prädikat „Suffköpfe“ belegt werden. — Wenn unser Verband auch weiterhin bemüht ist, unsern Kollegen Arbeitsverhältnisse zu erringen, wodurch es diesen möglich ist, ein erträgliches Leben zu führen und sich vor allem eine angemessene Ernährung leisten zu können, so ist dies wohl die beste Art der Alkoholbekämpfung innerhalb des Verbandes. Nun möchte ich noch auf das Verschieden hinweisen, mit welchem der Genosse Emanuel Wurm seine glänzende Rede schließt:

Im hungrigen Magen Eingang nur finden
Suppenlogis mit Knödelgründern,
Nur Argamente von Rinderbraten,
Begleitet mit Göttinger-Wurst-Bitaten.
Bunzlau. R. Roth.

Konflikt im Metallarbeiter-Verband.

In Mannheim und Ludwigshafen ist es zwischen den Mitgliedern und der Leitung des Metallarbeiterverbandes zu scharfen Differenzen gekommen wegen der, nach Ansicht der Streikenden, unberechtigten Beendigung des Streiks in den Streikbetrieben. Am 9. Januar fanden in Mannheim und Ludwigshafen Versammlungen der Metallarbeiter statt, die von der Ortsverwaltung einberufen waren, sich also als Mitglieder-Versammlungen darstellten. In beiden Versammlungen kam die Unzufriedenheit mit der Beendigung des Streiks sehr heftig zum Ausdruck. Man war der Meinung, daß man es auf das schlimmste hätte ankommen lassen sollen, selbst wenn man unterlegen wäre.

Ueber die Kündigung des langjährigen Ortsbeamten, Genossen Christian Schneider, sagt die Resolution, daß sie erfolgen mußte, weil die Versammlung zu den in Betracht kommenden Führern kein Vertrauen mehr habe. Die Versammlung behauptet, daß sie kein Mittel in der Hand habe, in derselben Weise gegen den Bezirksleiter Vorhölzer und gegen das Mitglied des Hauptvorstandes, Waffschal, vorzugehen zu können. Sie erwartet aber, daß die Mitglieder baldigt in einer Bezirkskonferenz zu dieser Sache Stellung nehmen können, und nimmt ferner in Aussicht, auf die demnächst in Hamburg stattfindende Generalversammlung nur solche Vertreter zu entsenden, die willens sind, solche Auswüchse ernsthaft zu bekämpfen.

Neben diesen von den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes abgehaltenen Versammlungen haben sich die Lokalkomitees natürlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, in mehreren Versammlungen und in einigen Flugblättern die bedauerlichen Verhältnisse für ihre Zweckauszuschlachten.

Soweit der Bericht eines Parteiblattes.
Wir meinen, der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat mit seiner Entscheidung ganz richtig und dabei auch noch demokratisch gehandelt. Die Streikenden waren sich in ihrer gereizten Stimmung sicherlich der Tragweite ihres Handelns nicht mehr völlig bewußt, denn sonst hätte die Protestversammlung unterbleiben müssen. Der Zentralkomitee hat mit seiner Taktik auf die Gesamtheit der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes Rücksicht genommen. Die Streikenden kannten nur ihr eigenes Interesse. Es war ihnen egal, ob 11 000 bis 14 000 weitere Mitglieder ausgesperrt werden sollten; sie nahmen keine Rücksicht darauf, ob diese Aussperrung Hunderttausende von Mark kostete und daß weiter dadurch ihre Kollegen in andern Betrieben und Bundesstaaten diesen Kampf bitter nachempfinden müßten, weil sie ihre Forderungen nicht mit einem solchen Nachdruck verfechten könnten, wenn schon Tausende und abermals Tausende von Verbandsmitgliedern von der Aussperrung getroffen waren. Im Interesse der streifen Disziplin, die im Gewerkschaftsleben herrschen muß, ist das Vorgehen der ehemals Streikenden aus den Streikbetrieben sehr bedauerlich. — Die Anarchos, die Christlichen und Gelben machen sich solche Treibereien zunutze, ja sogar die Parteipresse brachte Berichte, die von Sachkenntnis nicht allzu sehr getrübt waren.

Ein Streikabbruch, wenn kein voller Erfolg zu verzeichnen ist, wird immer müßlich sein. Wir haben ja im Steinarbeiterverband in dieser Hinsicht schon manche Unannehmlichkeiten erleben müssen. Auch unsere Kollegen betreten sehr oft die Meinung, „gestreikt muß bis zur Bewußtlosigkeit werden, die Unternehmer werden schon zu Kreuze kriechen“. Diese Behauptung ist leichter aufgestellt als wie durchgeführt.

Wenn die Verfasser solcher Draufgänger Oberwasser gewinnen sollten, dann aber Gewerkschaftswesen. — Hoffen wir, daß in Mannheim unter den Metallarbeitern die Vernunft wieder zum Siege kommt, denn ein solches Gebaren, wie sie es in der Versammlung am 9. Januar zutage förderten, kann der Gewerkschaftsbewegung nicht nützlich sein.

Literarisches.

Das eigne Heim und sein Garten. Ein Führer für alle diejenigen, die sich ein Eigenhaus bauen oder kaufen wollen. Von Architekt Dr. ing. Gerold C. Weck. Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Wiesbaden.

Dieses außergewöhnliche Werk ist tatsächlich ein notwendiger Führer für jedermann, der sich ein Häuschen bauen oder kaufen kann, das zeigt schon das Inhaltsverzeichnis. Alles das, was für den Laien als Bauberrn zu wissen nötig ist, wird hier in sachlicher leichtverständlicher Weise klargestellt. Die Lieferung 1 des Werkes wird zur Ansicht versandt durch jede Buchhandlung oder den Verlag, wenn das Porto vergütet wird.

Jahresbericht der Berliner Arbeiterbildungsschule. Selbstverlag. Grenadierstraße 37. Der Bericht zeigt, was eine Arbeiterbildungsschule bei geschickter Leitung leisten kann. Der Mitgliederbestand betrug im verflorenen Jahre 2020 Personen. An den abgehaltenen Vortragskursen nahmen aus den Reihen unser Verbandsmitglieder bedauerlicherweise bloß 2 Steinmetzen teil. In Berlin sind eine Menge junger Steinmetzen beschäftigt, denen sei die Arbeiterbildungsschule auf das wärmste empfohlen.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!